ZEITSCHRIFT
DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
MAI 2023

DIE aNDERE

Freier Eintritt in alle Parks!

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie herzlich zu unserer Frühjahrsausgabe 2023 und freuen uns, Ihnen wieder spannende und informative Artikel präsentieren zu können. Unsere aktuelle Zeitschrift möchte Ihnen einen Überblick über wichtige Ereignisse und Entwicklungen in der Landeshauptstadt Potsdam bieten – ein Blick auf globale Themen soll diesmal aber auch nicht fehlen.

Lokal beschäftigt uns nach mehr als zwei Jahren erfolgreicher Annahme der Bürgerbegehren der Initiative *Gesunde Zukunft* zum Bergmann-Klinikum immer noch die Umsetzung dessen. Auch der Erhalt des soziokreativen Hauses *Rechenzentrum* ist wiederholt ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, ein Ort für die kulturelle Vielfalt und das soziale Leben in unserer Stadt. **Carsten Linke** erläutert, wie der Schwebezustand der Nutzer*innen des Hauses umgehend beendet werden kann.

Im März jährte sich zum 90. Mal der *Tag von Potsdam*. Ein weiterer Artikel von **Carsten Linke** beschäftigt sich mit dem Geist des Tages, seiner Vorgeschichte und dem damit verbundenen Symbolbau, der Garnisonkirche. Weitere lokale Themen, die diese Zeitungsausgabe beleuchtet, sind der *Staudenhof*, der *Volkspark* und die Finanzierung der Schulspeisung. Global wird **Antonia Heigl** einen Blick in andere europäische Städte und ihren Umgang mit einem kostenfreien ÖPNV werfen und damit Möglichkeiten für Potsdam aufzeigen. Ein weiterer Aspekt, der **Oskar Werner** beschäftigt, ist die Frage nach der Rolle der sogenannten *„Klimaterroristen“* bei der Erreichung der Klimaziele.

Wie kann das Rotationsprinzip der Wählergruppe DIE aNDERE als Modell der politischen Bildung und Demokratieerziehung wirken? Dieser spannenden Frage geht **Carsten Linke** nach und zeigt auf, wie wir junge Menschen für Politik und Demokratie begeistern und sie aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbinden können.

Wir hoffen, dass Sie auch in dieser Ausgabe interessante Anregungen und Denkanstöße finden werden und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und Kommentare.

Anja Heigl für das Redaktionsteam
Potsdam – April 2023

Coverfoto © Sara Krieg

Inhalt

04 **Rotation als Prinzip: Die aktuelle aNDERE-Fraktion im Rathaus**

Aus dem Stadthaus

05 **Kurznotizen**

Städtische Betriebe

08 **Reform des Klinikums erweist sich als Mammutaufgabe**

10 **Verkehrswende jetzt!** Wie ein kostenfreier ÖPNV möglich wird

Realität und Interpretation

14 **Klimaterroristen: Wer sind sie?**

Gesellschaft und Raum

19 **RZ-Erhalt ist möglich und nötig!**

24 **Ein Abrissmoratorium für den Staudenhof**

28 **Freier Eintritt für den Volkspark!**

Garnisonkirche

30 **Das Jahrzehnt von Potsdam**

34 **Zeittafel 1919–1933**

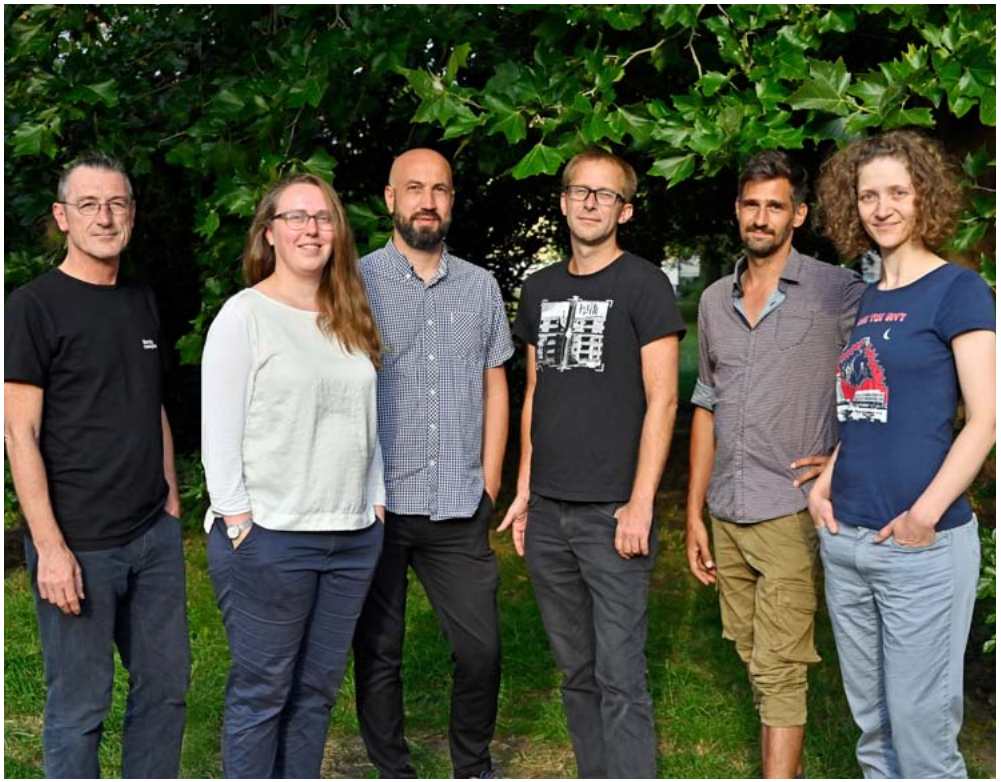
Bürokratie und Menschen

38 **Mehr als Grießbrei und Nudeln: Grundversorgung in Schulen**

44 **Politische Bildung und Demokratieerziehung**

47 Impressum

Rotation als Prinzip: Die aktuelle aNDERE-Fraktion im Rathaus



© Michael Lüder

Unsere Fraktion arbeitet seit vielen Jahren nach dem Rotationsprinzip. Die Stadtverordneten geben nach einem Jahr ihre Mandate an Nachrücker*innen weiter. Momentan engagieren sich für die aNDERE im Rathaus (v.l.n.r.):
Falk Richter, Laura Kapp, Denny Menzel, Sven Brödno, André Tomczak, Sara Krieg.

Die Arbeit der Fraktion wird durch das Fraktionsbüro koordiniert. Es ist für Ihre Nachfragen, Anliegen und Probleme erreichbar – Ansprechpartner*innen hier: **Lutz Boede** und **Anja Heigl**.

TEL 0331–2893179
FAX 0331–2893178
E-MAIL dieandere@rathaus.potsdam.de

Aus dem Stadthaus

Kurznotizen

VON LUTZ BOEDE

Wohnungsvergabe nach Bedarf statt nach Zufall

Die Wohnungsvergabe erfolgt bei der *ProPotsdam* nicht etwa nach der Bedürftigkeit, sondern zuallererst nach dem Zufallsprinzip. Wenn sich auf ein Wohnungsangebot 100 Interessierte melden, werden davon mindestens fünf per automatisierter Auswahl bestimmt und zur Wohnungsbesichtigung eingeladen. Unter den dann noch verbliebenen Wohnungssuchenden entscheidet letztlich ein Punktesystem. Diese sonderbare Vergabepraxis führt dazu, dass Paare ohne Kinder große Wohnungen und körperliche fitte Menschen barrierefreie Wohnungen beziehen und dass die, die auf diese Wohnungen dringend angewiesen sind, keine ausreichend große oder barrierefreie Wohnung finden. DIE aNDERE hat nun beantragt, diese Vergabepraxis für die städtischen Wohnungen zu ändern.

Sonntagsöffnungszeiten der Bibliothek

Auf Antrag der Linken beauftragte die SVV die Verwaltung mit der Prüfung zusätzlicher Sonntagsöffnungszeiten der *Stadt- und Landesbibliothek* (SLB). Das Prüfergebnis (22/SVV/1066) zeigte, dass ein Veranstaltungsprogramm an den Sonntagen möglich ist. Die Vorzugsvariante kostet 100.000 Euro pro Jahr und wird von einer Veranstaltungsagentur umgesetzt. Die Beschäftigten der SLB müssen also keine Sonntagsdienste schieben. DIE aNDERE beantragte, dass die Sonntagsöffnung ab 2024 eingeführt wird und dass die erforderlichen Mittel dafür in den Haushalt eingeplant werden (22/SVV/1265). Nachdem der Antrag im Jugendhilfeausschuss und im Bildungsausschuss eine Mehrheit erhielt, sehen wir gute Chancen, dass die SLB ab 2024 auch am Sonntag besucht werden kann.

Kostenloses WLAN im Klinikum

Das städtische Klinikum *Ernst von Bergmann* stellt auch weiterhin WLAN, TV und Radio nicht kostenlos zur Verfügung. Patient*innen zahlen für diese Leistungen 4,95 Euro pro Tag (22/SVV/0983). Diese Geschäftsidee basiert auf der Notlage kranker Menschen, die oft auf WLAN angewiesen sind, um während ihres Krankenhausaufenthaltes den Kontakt zu Familie und Bekannten zu halten. Leider steht ansonsten öffentlich zugängliches WLAN im Klinikum kaum zur Verfügung. Das Klinikum hat auch gleich bis 2026 einen Vertrag mit Dritten abgeschlossen. Der OBM hält das für eine eigene Angelegenheit der Geschäftsführung. Unsere Fraktion fühlte sich dennoch dafür zuständig und beantragte, dass im Klinikum frühestmöglich das WLAN kostenlos bereitgestellt wird (22/SVV/1263). Leider mussten wir die Erfahrung machen, dass die Situation der Patient*innen die meisten Stadtverordneten nicht interessiert. Erst als wir eine namentliche Abstimmung beantragten, wurde unser Antrag eilig in einen Prüfauftrag umgeändert. Wir bleiben dran.

© Sammlung Klett

Autofreies Holländisches Viertel

Seit Monaten wird über das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“ (23/SVV/0060) diskutiert. Durch die darin enthaltenen Maßnahmen soll der Autoverkehr verringert, die Zahl der Parkplätze reduziert und die Situation für den Rad- und Fußverkehr verbessert werden. Ein Teil der Mittelstraße wird als Fußgängerzone ausgewiesen. DIE aNDERE schlug eine Erweiterung auf das gesamte Holländische Viertel vor, weil nur in größeren Bereichen die Qualität autofreier Räume wieder erlebbar wird. Der Antrag wurde im Bau-Ausschuss angenommen und im Ausschuss *Klima, Umwelt und Mobilität* nur als Prüfauftrag beschlossen. Das letzte Wort hat nun die Stadtverordnetenversammlung.

Martha-Ludwig-Platz

In der Märzsitzung 2023 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Benennung des Platzes Glasmeisterstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße nach **Martha Ludwig** (◄ Foto), die 1908 in Nowawes geboren wurde und im Milieu des *Roten Nowawes* aufwuchs. In der Zeit der Naziherrschaft arbeitete sie als Hilfskraft im Standesamt und half bei der Beschaffung von Dokumenten für Kinder von Zwangsarbeiterinnen. Nach der Befreiung war sie als Volksrichterin (Schöffin) und Schriftstellerin tätig. 1970 erschien ihr Kinderbuch „Das Mädchen Krümel“, das 1977 von der DEFA verfilmt wurde. Das Buch beschreibt eine Jugend im Roten Nowawes und hat deutliche biografische Bezüge. Auf Initiative der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes wurde **Martha Ludwig** am 03.11.2021 gemeinsam mit fünf anderen Frauen der Nowaweser Arbeiter*innenbewegung in den städtischen Straßennamenspool aufgenommen (21/SVV/1068).

Re-Kommunalisierung STEP und EWP

Wie der Oberbürgermeister mit wichtigen Grundsatzfragen umgeht, zeigt die Beantwortung Kleiner Anfragen zu privaten Mitgesellschaftern in den städtischen Betrieben *Energie und Wasser Potsdam GmbH* (EWP) und *Stadtentsorgung Potsdam GmbH* (STEP). Hier fragte DIE aNDERE nach den Möglichkeiten einer vollständigen Re-Kommunalisierung, um die Interessenkonflikte zwischen Stadt und gewinnorientierten Privaten auszuschließen. Der Oberbürgermeister antwortete, dass er keinerlei Anhaltspunkte für Interessenkonflikte erkennen kann (22/SVV/0982 und 22/SVV/1254). In einem Interview mit der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* am 31.01.2023 sprach dann ausgerechnet der Geschäftsführer der Stadtwerke, **Monty Balisch**, von Interessenkonflikten mit den Minderheitsgesellschaftern: *„Die Minderheitseigentümer E.DIS AG und Remondis streben eher nach einer größeren Rendite, wir haben dagegen die kommunale Daseinsvorsorge und die Belastung der Bürgerinnen und Bürger von Potsdam im Blick.“*

Als unsere Fraktion diesen Widerspruch in einer weiteren Kleinen Anfrage aufklären wollte, erklärte der OBM plötzlich wortkarg, dass das interne Angelegenheiten der städtischen Betriebe seien, zu denen er den gewählten Stadtverordneten keine Auskunft geben müsse.

Städtische Betriebe

Reform des Klinikums erweist sich als Mammutaufgabe

VON LUTZ BOEDE

Vor mehr als zwei Jahren beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die beiden Bürgerbegehren der Initiative *Gesunde Zukunft* zur Klinikgruppe Ernst von Bergmann umzusetzen. In einem dieser Bürgerbegehren ging es um die Festsetzung von Personalmindestgrenzen in allen Bereichen des Klinikums. Der zweite Beschluss verpflichtete das Klinikum und seine Tochtergesellschaften zur Rückkehr in die ordentliche und daher tarifgebundene Mitgliedschaft im *Kommunalen Arbeitgeberverband* (KAV).

Trotz der klaren Beschlusslage ist davon bislang bei weitem noch nicht alles umgesetzt worden. Der städtische Klinikumskonzern mit seinen 16 Tochtergesellschaften hat sich als schwerer Tanker erwiesen, der nur mit Geduld und Beharrlichkeit wieder auf den Kurs der kommunalen Daseinsvorsorge gebracht werden kann.

Wie komplex die Rechts- und Auskunftslage ist, zeigt die Antwort des Oberbürgermeisters auf unsere Kleine Anfrage 22/SVV/0790. Danach sind bislang nur die Muttergesellschaft selbst und die Diagnostik GmbH zum 01.06.2020 in die tarifgebundene Vollmitgliedschaft des Kommunalen Arbeitgeberverbandes gewechselt.

Bei den Kliniken in Forst, Bad Belzig und Westbrandenburg fehlt bis heute eine Zustimmung der Mitgesellschafter. Das ist zumindest im Fall Bad Belzig nicht ganz schlüssig, weil der Kreistag Potsdam-Mittelmark bereits 2020 einen ähnlichen Beschluss wie die Potsdamer Stadtverordneten zur Rückkehr in den TVöD gefasst hat.

Die Cateringgesellschaft und die Servicegesellschaft sind noch nicht in die tarifgebundene Mitgliedschaft des KAV gewechselt. Offenbar hält es der Oberbürgermeister auch nicht für erforderlich, den Beschluss der Stadtverordneten einzuhalten. Dazu verkündet er knapp: *„Grund: Anwendung des TVöD vollumfänglich umgesetzt. Die Vollmitgliedschaft im KAV Brandenburg hätte für die Arbeitsverhältnisse keine zusätzlichen Auswirkungen.“*

Für die *Poliklinik GmbH* und die medizinischen Versorgungszentren gibt es tatsächlich rechtliche Probleme. Bei einer Rückkehr in den TVöD würden diese Gesellschaften in die roten Zahlen rutschen. Ein Ausgleich dieser Defizite durch den Mutterkonzern oder den städtischen Haushalt wäre unzulässig, weil diese Gesellschaften in Konkurrenz zu anderen Ärztehäusern der ambulanten medizinischen Versorgung stehen und aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht durch öffentliche Zuschüsse begünstigt werden dürfen.

Ein Sonderfall ist die *Ernst von Bergmann Sozial GmbH*, die bis weit ins Potsdamer Umland Angebote wie Wohnhilfe, Rechenschwächetherapien oder Eingliederungshilfe macht. Sie betreibt den *Treffpunkt Werder* und bietet ambulante Seniorenhilfe an. Das Geschäftsmodell besteht darin, Leistungen, die normalerweise durch die Kommunen angeboten oder gefördert werden, mit untertariflich bezahltem Personal zu erbringen. Die alte Geschäftsführung hat die Klinikgruppe *Ernst von Bergmann* eben über Jahrzehnte strukturell so ausgerichtet, dass die Gewinne optimiert wurden.

Ende 2022 beantragte der Oberbürgermeister, die Beschlussfassung zur Rückkehr in den TVöD teilweise aufzuheben. Insbesondere sollen die Poliklinik, die medizinischen Versorgungszentren und die *EvB Sozial GmbH* nicht nach öffentlichem Tarif bezahlen müssen. Dabei war es keine besonders vertrauensbildende Maßnahme, dass die Gesundheitsbeigeordnete unserer Fraktion das Rechtsgutachten zu den beihilferechtlichen Fragen trotz mehrerer Nachfragen erst am Abend vor dem Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung aushändigte. Dennoch stimmte die Rathauskooperation den Antrag einfach durch. Sicher gibt es rechtliche Probleme bei der Poliklinik, die nur durch eine Änderung der Krankenhausfinanzierung auf Bundesebene gelöst werden können. Andererseits machen es sich viele Stadtverordnete bei der *EvB Sozial* zu einfach.

Leider blieben so einmal mehr die Belange der Beschäftigten auf der Strecke. Niemand außer uns drängte darauf, dass die wichtige und große Servicegesellschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband endlich verbindlich auf den TVöD festgelegt wird. Auch der Bestandsschutz für die EvB Sozial ist bedauerlich. Statt ein Konstrukt weiterzuführen, das allein gegründet wurde, um untertarifliche Bezahlung zu ermöglichen, sollte dieses Unternehmen abgewickelt und seine bisherigen Angebote neu ausgeschrieben werden. Natürlich soll dabei eine Bezahlung der bislang 60 Beschäftigten nach öffentlichem Tarif gefordert und gefördert werden. Alles andere widerspricht der Intention der erfolgreichen Bürgerbegehren, die jeweils rund 17.500 Menschen unterzeichnet haben. Und bei der beschlossenen Entlastung der Beschäftigten gibt es noch nicht einmal nennenswerte Teilerfolge zu vermelden.

Städtische Betriebe
Verkehrswende jetzt!

Wie ein kostenfreier ÖPNV möglich wird

VON ANTONIA HEIGL

Seit Jahren schon diskutiert man in der Potsdamer SVV über einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr. Die aNDERE hat sich immer wieder für dessen Umsetzung stark gemacht – bisher leider erfolglos. Dabei ist kostenloser ÖPNV für viele europäische Städte, teilweise sogar ganze Länder, schon lange keine Neuheit mehr.

Vorreiter des kostenlosen ÖPNV

Luxemburg ist am 29.02.2020 zum ersten Land Europas mit kostenlosem öffentlichem Nahverkehr geworden. Ein Schritt, mit dem vor allem die mit Autos verstopften Straßen angegangen werden sollen – mit fast 700 Autos pro tausend Einwohner*innen hat Luxemburg die höchste PKW-Dichte in Europa.

Das Land hat sich aber nicht nur das kostenlose Bus- und Bahnticket auf die Fahne geschrieben. Mit einer Erhöhung des Budgets im Bereich Mobilität und öffentliche Arbeiten investiert Luxemburg 2023 insgesamt 2,818 Milliarden Euro, davon sollen 800 Millionen in den kostenlosen Nahverkehr gehen. Ganze 524 Millionen Euro aus diesem Budget fließen in den Schienenverkehr, wohingegen nur ca. halb so viel in den Straßenbau gesteckt wird. Luxemburg möchte sich mit dieser Prioritätenumverteilung dem Ziel widmen, bis 2026 das modernste Schienennetz Europas zu besitzen.

In Schottland hat man sich auf ein anderes Konzept geeinigt. Auch dort soll mit einem Millionenpaket die Infrastruktur ausgebaut und umgestaltet werden, kostenlos in Bussen fahren können aber nur bestimmte Altersgruppen. Seit Januar 2022 dürfen alle in Schottland Wohnhaften – auch Geflüchtete und Asylbewerber*innen – unter 22 Jahren mit einer sogenannten „National Entitlement Card“, kurz NEC, kostenfrei die Busse nutzen. Über 60-Jährige sowie behinderte Menschen konnten das schon seit einer Weile. Fast die Hälfte aller Schott*innen kann also nun mit der NEC kostenlos durchs Land fahren. Vor allem im Hinblick auf die dünne Besiedlung des Landes, aber auch das ehrgeizige Ziel, bis 2045 treibhausgasneutral zu sein, ist dieser Schritt für Schottland wichtig. Durch die NEC möchte die Regierung vor allem jungen Menschen nach der Pandemie einen Anreiz geben, wieder an sozialen Aktivitäten teilzunehmen und gleichzeitig ein nachhaltiges Reiseverhalten fördern.

Das Beispiel aus Schottland ist auch deshalb vorbildlich, weil genau die Personengruppen für den kostenlosen ÖPNV bevorzugt werden, die am meisten auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind und oft nur wenig oder gar kein Einkommen haben.

Um ein städtisches Beispiel zu nennen: Tallinn in Estland bietet seit 2013 für alle gemeldeten Bürger*innen den kostenlosen Nahverkehr. Seit der Finanzkrise Ende der 2000er hat man nach Lösungen gesucht, die Lebenserhaltungskosten wieder erschwinglicher zu machen. Auch in den meisten umliegenden Landkreisen gibt es mittlerweile das kostenfreie Ticket. Leider hat sich die Zahl der Autofahrten aber nur geringfügig verkleinert, da die lange Fahrtzeit mit den Öffentlichen für viele Arbeitnehmende unattraktiv ist. Der Stadt Tallinn fehlen die Mittel, um eigene Fahrbahnen für den ÖPNV, die mehr Geschwindigkeit brächten, einzurichten.

Das französische Dünkirchen (Dunkerque) ist ein Vorzeigebeispiel für erreichte Ziele: Seit die Stadt 2018 den kostenlosen Nahverkehr für alle eingeführt hat, lassen laut Statistik viel mehr Leute ihr Auto stehen – manche gaben sogar an, sie hätten seitdem ihres verkauft. Gründe für die Umsetzung des kostenlosen ÖPNV waren hier die ungewöhnlich hohe Anzahl an Autos pro Kopf – man wollte den öffentlichen Nahverkehr wieder attraktiver machen und gleichzeitig das Klima schützen.

Schon ab 2014 war die kostenfreie Fahrt an Wochenenden möglich. Allerdings war an einigen Wochenenden die Nachfrage so stark angestiegen, dass es zu einer Überbelastung des Busverkehrs kam. Vier Jahre später hat sich die Stadt deshalb neben der komplett kostenfreien Nutzung auch den großteiligen Ausbau des Nahverkehrs auf die Fahne geschrieben. Da die Gemeinde Dünkirchen aus einigen weit verstreuten Wohngegenden besteht und die Fahrstrecken oft lang sind, war das ein notwendiger Schritt. Das zuverlässigere Netz ist Grund für Viele geworden, auch für weitere Strecken den Bus oder die Bahn zu nutzen.

Noch einige andere Orte, darunter Monheim am Rhein, Langenfeld, Tübingen und Augsburg, bieten seit einer Weile die unterschiedlichsten Varianten für einen kostenfreien ÖPNV an.

Potsdam setzt falsche Prioritäten

Warum fällt es Potsdam also so schwer, sich mit fahrscheinlosen Öffis vertraut zu machen? Die oben genannten Beispiele zeigen uns, dass ein kostenfreier öffentlicher Nahverkehr – mit entsprechender Planung – nicht nur möglich ist, sondern vor allem viele Vorteile mit sich bringt. Er ist sozial und macht die Stadt klimafreundlicher, aktiver und attraktiver.

Gerade für junge Menschen aus finanziell weniger gut aufgestellten Familien, die einen weiteren Weg zur Schule, zu Nachmittagsaktivitäten und Freund*innen haben, würde ein Nulltarif einen enormen Unterschied mit sich bringen. Er kann sozialen Ungleichheiten abhelfen und eine Chancengleichheit herstellen, die besonders bei heranwachsenden Menschen von klein auf einen Gerechtigkeitssinn entwickeln würde. Mobilität sollte kein Luxusgut sein.

Sicherlich ist die Einführung des kostenlosen ÖPNV auch mit Hürden verbunden, wie beispielsweise einem Fahrgästeandrang. Vermutlich unabdingbar, sollte man diese Situation aber nicht als Nachteil betrachten. Ein zu voller Bus zeigt die hohe Nachfrage des Verkehrsmittels und ist definitiv etwas Positives. Die Überlastung von Bussen und Bahnen ist kein Argument gegen das kostenfreie Ticket, sondern für den Ausbau unseres Verkehrsnetzes.

Das führt zum zweiten, meist genannten Problem – der Frage der Finanzierung. Ein Problem, das sich aber durchaus beheben lässt. Wie fast überall in Deutschland haben wir auch in Potsdam eine verschobene Prioritätenverteilung, wenn es um den Verkehr geht. Autos haben auf Potsdams Straßen immer noch mehr Platz als andere, umweltschonende Verkehrsmittel und sind in der Haltung dann meist sogar günstiger als das Bahn-Ticket.

Was wir brauchen ist eine Verkehrswende. Höhere Park- und Kfz-Gebühren[1] können bei der Finanzierung des Nulltarifs und Erweiterung des ÖPNV-Netzes Abhilfe leisten – und sie machen den ÖPNV für Autonutzer*innen gleichzeitig attraktiver. Zudem würde uns ein fahrscheinloser Verkehr auch einige Kosten ersparen. Fahrscheinautomaten, Preistabellen, Unmengen an Papier für Tickets und aufwändige Kontrollen würden entfallen. Ganz zu schweigen von den Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sowie Gefängnisaufenthalten, die deutlich mehr Geld kosten, als dass sie Nutzen bringen.

Der Verkehr ist einer der größten Treibhausgasverursacher der Welt und Busse sowie Trams schneiden in dieser Rechnung deutlich besser ab als Autos. Eine Innenstadt frei von Autos und deren externen Effekten kann langfristig das kostenlose ÖPNV-Ticket unterstützen. Denn auch, wenn ein kostenfreies Ticket und der Ausbau von Bus und Bahn zuerst Geld kosten, werden uns die Folgen des Klimawandels im Endeffekt noch schwerer auf der Tasche liegen.

▲ **In diesem schottischen Bus kann mit einer sogenannten NEC *(National Entitlement Card)* kostenfrei gefahren werden.**

[1] **Beinhaltet die Um-, Ab- und Anmeldung des Kfz – ist allerdings bundeseinheitlich geregelt. Die Kfz-Steuer kommt dem Bund zu Gute.**

Ganz besonders im Hinblick auf Potsdams Klimaziel, bis 2035 treibhausgasneutral zu sein, müssen wir jetzt mit der Verkehrswende beginnen und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Es ist mehr als wichtig, dass die SVV ihre beschlossenen Ziele ernst nimmt und dementsprechend handelt.

Die meisten Veränderungsvorschläge kosten zuallererst Geld, jedoch bin ich der festen Überzeugung, dass es diese Investition Wert ist, in die Hand genommen zu werden. Fortschritt ist gut und wichtig, vor allem dann, wenn er nachhaltig ist.

QUELLEN

- **Investitionen in die Infrastruktur: 150 Mal mehr Straßenkilometer als Schienenstrecke gebaut www.bit.ly/3mnLKVW**
- **Nahverkehr in Europa: Null-Euro-Tickets auf dem Vormarsch www.bit.ly/3o3uzty**
- **Schottland macht Busfahren für alle unter 22-Jährigen kostenlos www.bit.ly/3GuUaBZ**
- **Luxemburg will bis 2026 das modernste Schienennetz in Europa betreiben www.bit.ly/41ji0IV**
- **Haushaltssatzung Potsdam 2022 www.bit.ly/3zLxPMt**
- **Sollte der Nahverkehr kostenlos sein? www.bit.ly/3KW4plv**
- **Schwieriger Start ins Jahrzehnt der Schiene www.bit.ly/3UITAMq**
- **Was es für einen kostenlosen Nahverkehr braucht www.bit.ly/3UneIY1**
- **In diesen Städten sind Bus und Bahn kostenlos www.bit.ly/3nOhROX**
- **Mehr Deutsche als je zuvor haben ein Auto www.bit.ly/3KW52vn**
- **Fahrleistungen, Verkehrsleistung und Modal Split in Deutschland www.bit.ly/3miOPqk**
- **Mehr Fahrrad wagen! Von sechs Milliarden Euro Investitionen in den Straßenbau kommen nur 100 Millionen bei der Rad-Infrastruktur an www.bit.ly/43ngHKP**
- **Dünkirchen: Kostenfreie Nutzung des ÖPNV als Bestandteil einer umfassenden ÖPNV-Strategie www.bit.ly/3KLxFuZ**
- **Statistisches Bundesamt: Pkw-Dichte im Jahr 2021 auf Rekordhoch www.bit.ly/3o3E2kf**
- **Kostenloser Nahverkehr in Tallinn – Eine gerechtere Mobilität www.bit.ly/3GxCPYV**

Realität und Interpretation

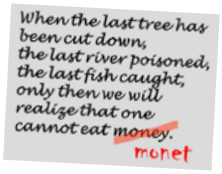
Klimaterroristen: Wer sind sie?

VON OSKAR WERNER

„Klimaterroristen“ lautet das Unwort des Jahres 2022. Dahinter verbirgt sich kein gesellschaftlicher Sprengstoff, sondern nur ein Ablenkungsmanöver und eine perfide Meinungsmache. Was das Unwort des Jahres nicht verrät, ist, wer die Klimaterroristen sind. Denn aus Sicht der Demonstrant*innen sind damit eindeutig Konzerne wie RWE und LEAG mit ihren gewaltigen Kohlebaggern gemeint. Aber auch die Bundes- und Landesregierungen, die nicht genügend unternehmen, um die Treibhausgasemissionen zügig zu senken.

Global

Die Kriminalisierung von unbequemen Aktivist*innen oder politischen Gegner*innen ist eine uralte Masche derer, die keine inhaltliche Diskussion führen wollen. Vor Jahren waren *Fridays für Future* noch Schulschwänzer*innen und ähnliches. Heute wird *Extinction Rebellion* und *Letzte Generation* geraten, so lieb wie die „Fridays“ zu demonstrieren. Die Verunglimpfung und die Verlogenheit verschieben sich nur. Das vergangene Jahr war geprägt davon, das Thema Klima auf Klebstoffe und Kartoffelbrei zu reduzieren, um nicht auf Hitzerekorde, Wassermangel und Starkregen, Ernteeinbrüche und andere Effekte (wie Klimaflüchtlinge) einzugehen. AfD-kopierende Wahnsinnige von der Union sprachen sogar von einer „Klima-RAF“, Landesfürsten von „Erpressern“. Mittlerweile fahren aufgebrachte Männer mit ihren Autos Demonstrant*innen an. Andere räumen sie mit Gewalt als Akt der Selbstjustiz von der Straße.



Auch öffentlich-rechtliche Medien mischten bei der Verklärung kräftig mit. Allein die Panik um den **Monet** im *Museum Barberini* machte dies offensichtlich. Erst im Zusammenhang mit der Räumung von Lützerath wurde wenigstens ansatzweise mal wieder ernsthaft zu Klimaschutz in den Medien debattiert. Doch im Allgemeinen gilt: „How dare you! Wie könnt ihr es wagen!“ Gemeint ist damit: „Wie könnt ihr es wagen, uns mit euren Aktionen zu nerven und aus der Komfortzone zu reißen.“ Gemeint sollte sein: „Wie könnt ihr es wagen, so ignorant zu sein!“.

Die Klimaforschung sagt: In 7 (in Worten: sieben) Jahren müssen die CO2-Emissionen halbiert sein, um das Pariser Abkommen einzuhalten. Der UN-Generalsekretär **António Guterres** hat mehrfach die Politiker*innen der Welt zur Verantwortung gerufen. *„Die Alarmglocken sind ohrenbetäubend, und die Beweise sind unwiderlegbar“*. In Ägypten auf der Klimakonferenz warnte er: *„Entweder gibt es einen Klimasolidaritätspakt oder einen kollektiven Selbstmordpakt!“* [1] *„Mit unserem bodenlosen Appetit auf unkontrolliertes und ungleiches wirtschaftliches Wachstum ist die Menschheit zu einer Massenvernichtungswaffe geworden“*, sagte **Guterres** wenige Wochen später in Montreal bei der Eröffnungsfeier des Biodiversitätsgipfels. „Wir führen Krieg gegen die Natur. Bei dieser Konferenz geht es um die dringende Aufgabe, Frieden zu schließen.“ [2]

„Die Klima-Zeitbombe tickt.“ – Deutlich wie nie zuvor hat der Weltklimarat vor dem Klimawandel gewarnt und drastische Maßnahmen gefordert, um den CO2-Ausstoß zu verringern. Denn die 1,5-Grad-Grenze werde schon im nächsten Jahrzehnt überschritten.[3] Die IPCC-Berichte machen klar, dass die Erderhitzung nicht auf 1,5°C oder auch nur 2°C begrenzt werden kann, wenn die Staaten ihre Anstrengungen, die Emissionen zu reduzieren, nicht deutlich verstärken. Dazu ist ein sehr schneller Ausstieg aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas notwendig. Wer jetzt nicht handelt, handelt fahrlässig und zu Lasten der Volkswirtschaft und der nachfolgenden Generationen. Die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen hätten Auswirkungen auf die nächsten Jahrtausende, heißt es im IPCC-Synthese-Report von März 2023.

Regional

Also sollte nicht lamentiert werden, sondern gehandelt. Genau darauf machten Klima-Aktivist*innen seit einem Jahr durch zahlreiche Aktionen aufmerksam. Kohlekonzernen noch zusätzliche Abraummengen in der Zeit des Ausstieges zu erlauben und dies mit Steuergeld zu subventionieren ist die falsche Handlung gewesen. Die Grünen haben sich und die Klimabewegung verraten. Andere Parteien hatten noch nie ein Interesse an Klimaschutz.

Anfang des Jahres meldete sich Brandenburgs Ministerpräsident **Woidke** (SPD) zu Wort und kritisierte die Klima-Aktivist*innen. Unter der Überschrift *„Der Staat lässt sich nicht erpressen“* sprach er den meist jungen Menschen ab, etwas fürs Klima zu tun.[4] Damit reihte sich der Landesvater in die Riege der unsachlichen Stimmungsmacher*innen ein. Scheinbar hat der SPD-Chef des Landes nicht verstanden, dass die Aktionen keine Klimaschutzwirkung haben sollen, sondern daran erinnern sollen, dass endlich etwas für Klimaschutz getan werden muss. Festhalten oder -kleben am Beschluss, erst 2038 aus der Kohle auszusteigen, ist wenig hilfreich. Ein Ministerpräsident, der seit 2004 in der Landesregierung ist (erst als Umweltminister, dann Innenminister und seit 2013 Ministerpräsident) sollte Erfolge vorweisen können, bevor er anderen Vorwürfe macht, nichts fürs Klima zu tun.

Die CO2-Bilanz des Landes zeigt, dass in der „Woidke-Zeit“ (2005 bis 2022) die Klimaemissionen nicht mal um ein Prozent pro Jahr gesunken sind.[5] Die Minderungen gehen vor allem auf die Coronapandemie und aktuell die hohen Energiepreise als Kriegsfolge zurück. Das seit über 30 Jahren von der SPD regierte Energie- und Kohle-Land Brandenburg hat bis heute kein Klimaschutzgesetz. Von einem Klimaplan wird seit Jahren geredet, aber bis heute gibt es keinen Entwurf. Die Botschaften von **Dietmar Woidke** im dpa-Gespräch zum Jahresanfang sind banal. Auch ein wenig arrogant. Deshalb haben wir einige Alternativtexte formuliert:

1 Eröffnungsrede der UN-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh (Ägypten), COP 27, Nov. 2022

2 Eröffnungsrede der UN-Biodiversity-Conference in Montreal (Kanada), COP 15, Dez. 2022

3 https://www.lpb-bw.de/ipcc

4 https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/der-staat-lasst-sich-nicht-erpressen-brandenburgs-ministerprasident-woidke-kritisiert-klima-aktivisten-9145623.html

5 https://lfu.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Klimagasinventur-2021.pdf Seitenaufruf vom 24.01.2023

© Oskar Werner

Woidke: *„Die Damen und Herren, die sich hin und wieder mit dem Hintern auf der Straße festkleben, sind für mich keine Klima-Aktivisten, denn sie tun nichts fürs Klima“*, sagte **Woidke** der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa) in Potsdam. *„Aktive Klimaschützer sind die, die morgens um fünf (Uhr) das Haus verlassen, um beispielsweise moderne Heizungen, Windkraftanlagen oder Batteriespeicher zu bauen.“* [4]

Alternativtext: *„Die Damen und Herren, die sich stets mit dem Hintern an ihren Abgeordnetenstühlen festklammern, sind für uns keine Klima-Akteur*innen, denn sie tun nichts fürs Klima, auch wenn sie gern darüber reden. Es nützt nichts, morgens um fünf Uhr das Haus mit dem Dienstwagen zu verlassen, um dann nur an den Machterhalt und die Wiederwahl, aber nicht an eine klimaschützende Rechtssetzung zu denken.“*

Woidke: Der SPD-Politiker rief die Aktivisten dazu auf, einen anderen Weg zu gehen. *„Der Weg, Straftaten zu begehen, ist sowieso der falsche Weg“*, meint **Woidke**. *„Der Staat lässt sich nicht erpressen. Deswegen hoffe ich sehr, dass sie wirklich zu Aktivisten fürs Klima werden.“* Mit einem Augenzwinkern gab er ihnen den Rat: *„Die Handwerkskammer berät gerne über entsprechende Berufsangebote.“* [4]

Alternativtext: *„Der Weg, untätig zu bleiben, ist sowieso der falsche Weg. Der Staat erpresst zukünftige Generationen, indem er Schulden und Schäden hinterlässt. Damit macht er sich ethisch und moralisch strafbar. Deswegen hoffen wir sehr, dass die Politiker*innen wirklich zu Aktivist*innen fürs Klima werden.“* Ganz ohne Augenzwinkern raten wir: *„Augen auf bei der Tätigkeitswahl. Niemand muss Abgeordnete*r oder Minister*in sein, wenn er oder sie nichts für die Zukunft des Landes und nachkommender Generationen tun will.“*

Während ein Teil der Berliner*innen mit dem Volksentscheid *Berlin 2030 klimaneutral* ein klares Zeichen gegen die Lethargie der Politik setzt, wehrt die Brandenburger Landespolitik jede Debatte um den Kohleausstieg bis 2030 ab. *„Anpacken statt Aussitzen und am Stuhl kleben“* lautet die Aufforderung. Anders als die Politik denken diese Menschen nicht nur in Legislaturperioden, sondern in Generationen. Denken nicht nur an sich, ihr Mandat und ihre Partei, sondern an die Gemeinschaft, an Chancengleichheit und nachkommende Generationen. Speziell den jungen Menschen ist sehr bewusst, dass WIR die letzte Generation sind, die die schlimmsten Folgen des Klimawandels aufhalten kann.

Es bedarf immer wieder symbolischer Orte für die Debatte und plakativer Handlungen, um die Verantwortlichen wach zu rütteln. Hätten alle schon die Notwendigkeiten des Handelns erkannt, wären wir längst auf dem Minderungspfad von Treibhausgasen, um die Erwärmungsmarke von 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Das Jahr 2022 war in Brandenburg über 2 Grad wärmer als die Normalperiode von 1961–1990. Das Jahr war niederschlagsarm. Wieder mal kamen nur 70 Prozent der Niederschläge runter. Der Frühling war so trocken wie nie.[6] Das ist kein Einzelfall. Bedarf es weiterer Warnsignale, damit die Landesregierung handelt? 2045 will das Land Brandenburg klimaneutral sein. Doch wie will das Land dahin kommen? Wann kommen die wirklich effektiven Maßnahmen und Gesetze, um das Sonntagsreden-Ziel zu erreichen? Der Kohleausstieg 2030 geht für die alte Dame SPD zu schnell. Vielleicht 2032 oder 2033. Oder doch erst 2038? Sie klebt am Althergebrachten, fordert einen Strukturwandel, den sie selbst nie eingeleitet hat, obwohl sie schon über drei Jahrzehnte das Land führt.

[6] **https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/klima/klimawandel/klimawandel-deutlich-messbar/ Seitenaufruf vom 24.01.2023**

Lokal

Auch die Landeshauptstadt Potsdam hat große Klimaziele, versagt aber im Alltäglichen. Im aktuellen Haushalt wurde das Geld für die Fortsetzung des 1000-Bäume-Programms gestrichen. Der Staudenhof ist das Lützerath der Stadt. Wissenschaftler*innen und Fachleute mahnen: *„Erhaltet das Gebäude; saniert es. Baut es um oder aus, aber reißt es nicht ab.“* In einem offenen Brief hat ein Bündnis aus über hundert Menschen und Organisationen aus Politik, Klimaforschung, Architektur, Wissenschaft und Kultur den Erhalt des Staudenhofs in Potsdam gefordert und damit zu einer Bauwende in der Stadt aufgerufen. Global denken – lokal handeln! Ein Wahlspruch der GRÜNEN aus vergangener Zeit?

Bauen müsse in Zukunft als Kreislaufwirtschaft organisiert werden und das Ziel aller Baukultur solle das Leben der Menschen im Einklang mit der Natur sein, fordern der ehemalige Direktor des *Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung* (PIK) **Hans Joachim Schellnhuber** und seine Mitstreiter*innen. Er berät die EU-Kommissionspräsidentin und das im Oktober 2020 initiierte *Neue Europäische Bauhaus*. Doch in der Heimatstadt des Nachhaltigkeitsinstitutes (IASS) und des PIK verhallt derartiges an der Arroganz der SPD und den unökologischen Abwägungen der GRÜNEN. Sie machten den Weg frei für den Abriss des Staudenhofes. Mit ihnen stimmten der rechts-konservative Block aus AfD, CDU, FDP und das Bürgerbündnis. Die Grünen-Politikerin **Saskia Hüneke** setzt Städtebau vor Ökologie. Sie meint: *„Die Aspekte des ökologischen Bauens und der Wirtschaftlichkeit könnten die städtebauliche Entscheidung nicht ersetzen.“*[7]

Vorhandene Bausubstanz zu erhalten, umzubauen und zu sanieren ist deshalb so wichtig, weil der Bausektor in der Bundesrepublik für mehr als ein Drittel aller CO2-Emissionen verantwortlich ist. Für jeden neuen Bau muss die Produktion von Stahl, Beton, Glas, Mineralwolle fortgeführt werden. Gleichzeitig entsteht durch die Abrisskultur über die Hälfte des deutschen Abfallaufkommens.[8] Wer auch nur annähernd dem etwas entgegensetzen will muss nicht nur von globalen Herausforderungen reden und lokal labern, sondern handeln.

Insgesamt kann, seit dem Umgang mit der ehemaligen Fachhochschule, festgestellt werden: Das Prinzip *„Die Bausubstanz der Moderne verrotten lassen“* ist in Potsdam ein probates Mittel, wenn es darum geht, einen weiteren Schritt zurück in die Kulissen des (vor)letzten Jahrhunderts beschreiten zu können. Die Grünen als Konservator*innen der Klimabelastung und Vorreiter*innen der Wegwerfgesellschaft und die SPD als Vernichterin öffentlichen Geldes und Preistreiberin bei Potsdams Mieten. Denn auch dies wird ein Effekt der neuen Quartiere in der sogenannten Mitte sein. Wir brauchen keinen Top-Down-Klimaschutz, der nur die Schäden katalysiert. Wir brauchen Veränderung im Denken und Handeln. Eine nachhaltige Stadt braucht mehr als nur Kulissen und Gentrifizierung.

Es ist in Potsdam wie auf der Titanic. Hauptsache das Orchester spielt noch vor „glanzvollem Ambiente“, wenn das Schiff untergeht. Es war ein Eisberg, der sich löste und das Schiff rammte und untergehen ließ. Sind Eisberge, die sich an den Polkappen lösen und zu uns auf den Weg machen, auch Klimaterroristen?

[7] *Potsdamer Staudenhof: Grünen-Politikerin Hüneke setzt Städtebau vor Ökologie* / www.bit.ly/3o066oE

[8] *CO2-Ausstoß im Gebäude- und Bausektor auf Rekordhoch* / www.bit.ly/3zFCgZo (24.01.2023)

Gesellschaft und Raum

RZ-Erhalt ist möglich und nötig!

VON CARSTEN LINKE

Rechtlich ist der Erhalt des *Rechenzentrums* (RZ), des größten künstlerischen und (sozio)kulturellen Hauses im Land Brandenburg, möglich. Die Entscheidung liegt alleinig bei der Stadt Potsdam, ihrer Verwaltung und ihrem obersten Verwaltungsbeamten, dem Oberbürgermeister. Nötig ist der Erhalt ebenfalls, denn das neu entstehende Kreativquartier ist weder finanziell noch von der Nutzungsbreite her ein relevanter Ersatz für das Rechenzentrum.

Nachdem die Vollversammlung der Nutzer*innenschaft des *Kunst- und Kreativhauses Rechenzentrum* Ende Februar keine Voraussetzungen für eine Mitwirkung an einer Machbarkeitsstudie gegeben sah, ist der 4-Phasen-Prozess ins Stocken geraten. Die RZ-Vollversammlung hatte die neuen Vorgaben des Kuratoriums der *Stiftung Garnisonkirche* diskutiert, die diese nach ihrer Klausurtagung veröffentlicht hatte. In der dann erstellten Pressemitteilung heißt es zur Begründung *„Aufgrund der von der Stiftung Garnisonkirche gestellten Bedingungen hat sich die Rechenzentrums-Vollversammlung gegen eine Beteiligung an der Machbarkeitsstudie zum „Forum an der Plantage” entschieden. Eine Mitwirkung ist aus RZ-Sicht nicht mehr sinnvoll, da von den ursprünglichen Voraussetzungen für den gemeinsamen Prozess nur noch wenig übrig ist. Es ist vor allem keine Ergebnisoffenheit mehr erkennbar.“*

Zudem heißt es: *„Wir glauben weiterhin daran, dass ein Nebeneinander von Rechenzentrum und Turm ein adäquates Abbild der Vielschichtigkeit des Ortes, seiner Geschichte, der heutigen Stadtgesellschaft in einem zukunftsfähigen Potsdam ist.“*

In den politischen (Trotz-)Reaktionen und Gesprächen danach wurde u. a. darauf hingewiesen, dass berechtigte Abrissgründe für das RZ gegeben seien und die Nutzer*innen nun die Konsequenzen tragen müssten. Ist dem wirklich so? Oder war die Stadtpolitik bisher nicht wirklich willens, das RZ zu erhalten? Es werden immer zwei Gründe für den Abriss angeführt:

- nach § 5 des Grundstücksvertrages zwischen Stadt und Stiftung von 2010,
- nach § 6 der Landesbauordnung (Brandenburgische Bauordnung).

Laut des Grundstückvertrages ist die Stiftung berechtigt, die Duldung der Überbauung des Flurstücks 1656 zu beenden und vom Sanierungsträger den Teilabriss des RZ-Verwaltungsgebäudes in dem Umfang zu verlangen, der zur Realisierung eines konkret anstehenden Bauabschnitts zum Wiederaufbau der Garnisonkirche erforderlich ist. Da kein konkreter Bauabschnitt (Bau des Kirchenschiffes) ansteht, läuft der Passus für die nächsten Jahrzehnte ins Leere. Da die Stiftung nicht mal in der Lage ist, den Turmbau auskömmlich zu finanzieren, ist auch keine weitere reale Planungs- und Bautätigkeit zu erwarten. Letzteres scheitert auch daran, dass es für das Kirchenschiff keinerlei wirtschaftlich tragbare Nutzungsidee gibt. Die Stiftung selbst vertröstet ja alle Wiederaufbaujünger*innen auf die nächsten Generationen.

Wodurch entsteht nun der Druck, das Rechenzentrum in 2024 oder 2025 abzureißen?
Der Druck kommt von der Bauverwaltung der Stadt Potsdam. Diese hat sich dahingehend positioniert, dass der Parallelbetrieb der beiden Gebäude über den 31.12.2023 hinaus rechtlich nicht möglich sei. Die Verwaltung bezieht sich dabei auf § 6 der Landesbauordnung (BauO Bbg). Auch gegenüber den Stadtverordneten wurde wiederholt behauptet, dass die *„Herstellung eines bauordnungsrechtlich zulässigen Zustandes kaum möglich“* sei.

Der Frage, ob diese Argumentation stichhaltig ist oder diese nur dazu diente, alle Betroffenen und Stadtverordneten in einen 4-Phasen-Prozess zu zwingen, ist nun, nach der Absage an die Erstellung einer Machbarkeitsstudie, erneut nachzugehen. Bereits 2021 ist die Gruppe *Architects for Future Potsdam* den wesentlichen baurechtlichen und brandschutztechnischen Fragen nachgegangen. Die Gruppe hat diverse Gutachten vergeben. Deren wesentliche Aussagen werden nachstehend zusammengefasst. Ausführlich sind alle Gutachten auf der Website des Netzwerks *Potsdam – Stadt für all*e nachlesbar.[1]

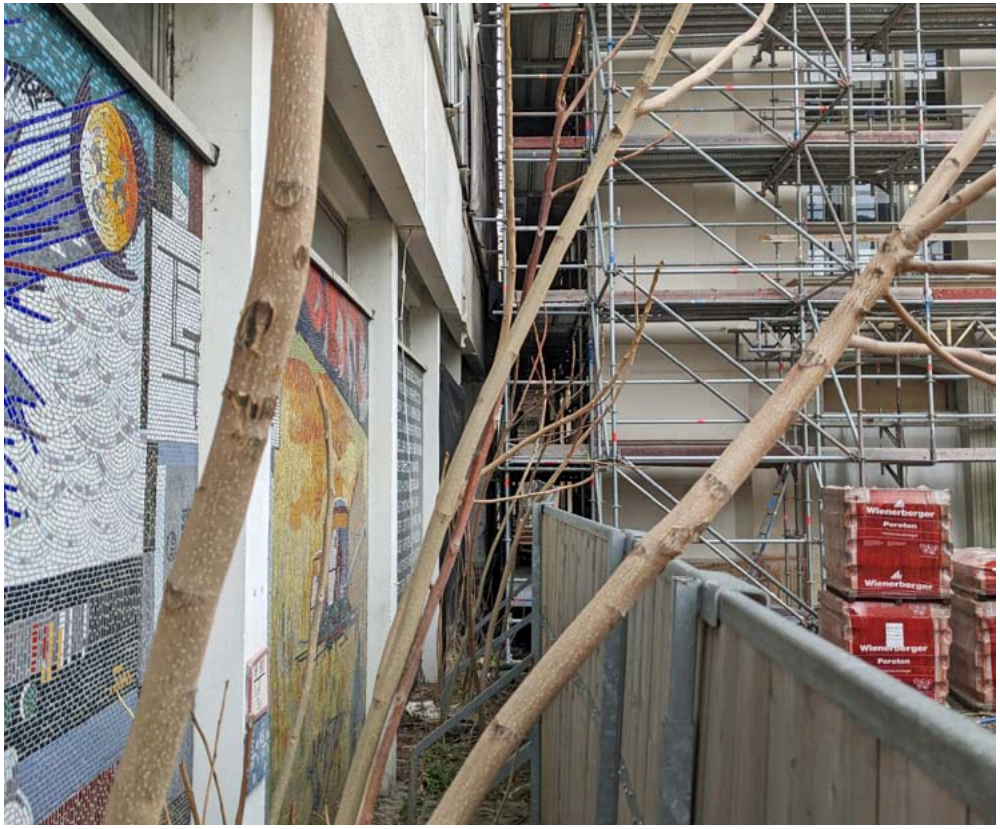
Fazit: Es gibt seitens der Stadt einen Ermessensspielraum, der jederzeit genutzt werden kann, wenn der Wille vorhanden ist. Es bedarf keines „Haus der Demokratie“, um das Nebeneinander von RZ und GK-Turm zu ermöglichen. Um einen Lösungsansatz für die Stadtpolitik und die Stadtverwaltung aufzuzeigen, muss ein Blick in die Landesbauordnung und diverse Brandschutzgutachten geworfen werden. Die Einhaltung der Abstandsflächen ist zunächst eine bauordnungsrechtliche Frage. Laut § 6 Abs. 4 und 5 der Brandenburgischen Bauordnung muss zwischen Gebäuden mindestens ein Abstand von 3 Meter eingehalten werden. Damit sollen ausreichende Belichtungs- und Belüftungsverhältnisse und der Brandschutz gewährleistet werden.

Die Besonderheit des vorliegenden Falls besteht darin, dass nicht etwa das neu hinzukommende Bauwerk, also der Turm der Garnisonkirche, die Abstände einhalten soll, sondern das bestehende Hauptgebäude des ehemaligen Rechen- bzw. Datenverarbeitungszentrum. Dieses soll durch (teilweisen) Rückbau dem neu hinzutretenden Bauwerk Platz machen und somit den Abstand sichern.

Die BauO Bbg erlaubt aber nach § 67 Abs. 1 Abweichungen von den Anforderungen des § 6. Dazu gehört auch die Unterschreitung der 3 Meter-Regel. § 67 Ab.1 enthält eine Ermessensregelung. Die Behörde (die Bauverwaltung Potsdam) hat danach *„nach pflichtgerechtem Ermessen“* über den Antrag auf Abweichung zu entscheiden. Einen Anspruch auf Abweichung besteht allerdings nicht.

Eine Abweichung ist nur dann genehmigungsfähig, wenn eine atypische Situation gegeben ist. Liegt diese Situation evtl. schon durch die Baureihenfolge vor? Was ist eine atypische Situation? Dazu gibt es zahlreiche Urteile bei verschiedenen Oberverwaltungsgerichten. Für den „Streitfall GK – RZ“ besteht die Atypik darin, dass sich quasi der Garnisonkirchenturm in eine vorhandene Baulücke „quetschen“ musste – und es dabei nicht um eine von Wirtschaftlichkeit getriebene bessere Ausnutzung des Grundstücks geht. Letzteres wäre ein Versagungsgrund für eine Ausnahmegenehmigung.

[1] **https://potsdam-stadtfueralle.de/2021/08/17/rz-erhalt-ja/**



... Die Sache Garnisonkirche ist ohne das Rechenzentrum nicht denkbar, nicht lesbar und nicht erzählbar. Das Rechenzentrum schiebt sich zwischen die originale Garnisonkirche und deren (Turm)-Rekonstruktion. Es hält diese beiden Zeitschichten auseinander, die sich sonst geschichtsverkürzend zusammenschieben würden und kontextualisiert. Der Ort braucht die beiden Bauwerke in ihrer gegenseitigen Bedingtheit von Bau und Gegenbau. Mit der Bewahrung dieser räumlichen Konstellation verließe die Stadt ihren bisherigen Weg und käme ein Stück selbstbewusster bei sich an: *„Damit würde der eliminatorische Teufelskreis – ich spreng weg, was die vor mir gemacht haben – durchbrochen und ein Bild entstehen, in dem alle Seiten der Stadtgesellschaft, auch ihre Brüche und Widersprüche sichtbar werden, und Potsdam, das auf dem besten Weg war, wie eine Computeranimation des alten Preußens auszusehen, könnte zu einem Modell für eine Stadt werden, in der alle Spuren der Geschichte sichtbar bleiben dürfen.“* (Niklas Maak in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Mai 2020)

1,70 Meter trennen heute das Rechenzentrum auf seiner Südseite vom neu wachsenden Garnisonkirchenturm. Es scheint, als wären hier zwei Giganten auf ihrem Weg durch Raum und Zeit, haarscharf an der Kollision vorbeischrammend und sich schon beinah berührend, zum Stehen gekommen.

Die räumliche Enge zwischen beiden Gebäuden – zwischen sozialistischem Mosaik und historisierendem Klinker – irritiert. Aber sie ist wahr, das Produkt einer reibungsintensiven Stadtentwicklung. Hier an dieser Stelle ist Potsdam mal authentisch: als Spannungsmoment einer ästhetischen Störung im architektonischen Gefüge. Eigentlich ist die jüngst entstandene Engstelle der heimliche Star des Areals und dessen narratives Scharnier. Einer Art Kamineffekt unterworfen, strömt das gesamte Areal durch die Enge dieser Schlucht. Mitsamt seiner ganzen Komplexität. Es bleibt abzuwarten, ob es der Stadtgesellschaft gelingt, das dialektische Potenzial dieses Ortes zu heben und hier eine Kultur des notwendigen Bruches nachspürbar zu verstetigen ...

Foto: 1,70 Meter Potential – Die „Denkschlucht“ im März 2023
Text: aus *A+B+C / Dokumentation der Ausstellung Städtebauliche Assoziationen*, Rechenzentrum 2021

Darüber hinaus wäre es auch möglich, durch eine Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 nach § 9 Abs.1 Nr. 2a Baugesetzbuch (BauGB) abweichende Maße der Tiefe der Abstandsflächen festzulegen. Eine Änderung des B-Plans ist ohnehin fällig, um die Sanierungsziele für das Gebiet den neuen Erfordernissen anzupassen. Auch für ein „Haus der Demokratie", als Teil des Forums an der Plantage, wäre eine B-Plan-Änderung notwendig gewesen. Diese und den *„weitestgehenden oder vollständigen Erhalt des Rechenzentrums"* fordert auch der SVV-Beschluss 20/SVV/0295.

Die Stadt Potsdam hatte 460.000 Euro in die brandschutzrechtliche Ertüchtigung des RZ und der GK gesteckt, damit ein Nebeneinander der Gebäude möglich ist. In dem entsprechenden Beschluss (DS 17/SVV/0720) stehen Gesamtkosten von 476.157 Euro. (siehe **I N F O ►**)

Für den Brandschutz sind Bauteile der Feuerwiderstandsklasse F 90 erforderlich. Für diese Phase der RZ-Duldung ist dies realisiert, dafür wurde viel städtisches Geld ausgegeben. Die Räume im Rechenzentrum, die durch das Nebeneinander der Gebäude oder die umgesetzten Brandschutzmaßnahmen nicht mehr den Anforderungen für Belichtung, Belüftung und Besonnung genügen, werden längst nicht mehr als Aufenthalts-, sondern als Lagerräume vermietet.

Im Ergebnis zahlreicher Brandschutzprüfungen wurde festgelegt, dass die *„Ausbildung der Außenwände der Garnisonkirche als Brandwand und die nördlichen Öffnungsabschlüsse in Richtung des Rechenzentrums als feuerbeständige, dicht- und selbstschließende Abschlüsse ausgeführt werden."* Die zuständige Brandschutzdienststelle, die Feuerwehr Potsdam, hat die entsprechenden Festlegungen in ihrer Stellungnahme vom April 2019 nicht beanstandet.

Das zusätzlich erstellte Brandschutzgutachten kommt zum Ergebnis, *„dass Bedenken wegen des Brandschutzes trotz des geringen Abstands der beiden Gebäude nicht bestehen, und die bisherige bauaufsichtliche Feststellung nicht durch den Ablauf der Duldung zum 31.12.2023 erlischt. Aus brandschutzrechtlicher Sicht ist eine dauerhafte Parallelnutzung des Verwaltungsbaus ehemaliges Rechenzentrum einerseits und des Garnisonkirchturms andererseits nach heutiger Rechtslage möglich."* [2] Somit wäre eine Erteilung der Abweichung nach BauO Bbg rechtlich möglich und in Anbetracht der bisher eingesetzten Geldmittel auch geboten. Da das Rechenzentrum Eigentum der Städtischen *ProPotsdam* ist, wäre es deshalb ohne weiteres denk- und umsetzbar, dass die Stadt die Voraussetzungen einer Abweichung selbst herbeiführt.

Die Rechtsgutachter kommen zu folgendem Ergebnis: *„Aus planungsrechtlicher und bauordnungsrechtlicher Sicht gibt es keinen zwingenden Grund, nach Ablauf der Duldung am 31.12.2023 Teile des Rechenzentrums abzureißen. Der wiederaufgebaute Turm der Garnisonkirche und das Gebäude des Rechenzentrums können koexistieren und schließen sich nicht zwingend aus. Die bestehenden Fragen sind rechtlich und technisch lösbar, besondere Risiken sind hiermit nicht verbunden."* [3]

[2] **Bachmann, Prüfingenieur für Brandschutz, Gutachten vom 12.08.2021**

[3] **Rechtsanwaltsbüro Leinemann & Partner, Gutachten zu den Abstandsflächen (05.08.2021)**

[4] **MAZ vom 16.08.2021 https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Potsdam-Kulturministerin-Schuele-plaediert-fuer-Erhalt-des-Kreativhaus-Rechenzentrum**

Was nun? Herr OBM Schubert, Sie sind dran! Handeln Sie entsprechend Ihren Verlautbarungen und Möglichkeiten zu Gunsten des RZ-Erhalts. Sie müssen ja nicht gleich „Kuratoriumsmitglied" im RZ werden. Aber Notenblätter beim Geburtstagslied zu halten allein reicht nicht.

Liebe Rathauskooperation aus SPD, Grünen und Sozial-Linken, ihr habt es in der Hand, den Schwebezustand für die vielen Nutzer*innen im RZ positiv zu beenden. Es liegt an euch, ob Existenzen vernichtet und Freiräume für Besucher:innen vernichtet werden, oder ob (um mit der SPD-Kulturministerin des Landes, Frau **Manja Schüle**, zu sprechen) im RZ weiterhin *„ein kreatives Herz der Landeshauptstadt schlägt."* [4]

I N F O

Bereits erfolgte brandschutzrechtliche Ertüchtigung laut SVV-Beschluss DS 17/SVV/0720 – Die Mehraufwendungen umfassen konkret folgende Punkte:

Mehraufwand am Verwaltungsgebäude Rechenzentrum

- **Schließung der Fensteröffnungen zur Breiten Straße auf Höhe des Kirchturms, zur Vermeidung eines möglichen Brandüberschlags**
- **Brandschutztechnische Dachertüchtigung, zur Vermeidung eines möglichen Brandüberschlags**

Gesamtkosten rund 101.290 Euro

Mehraufwand für Stiftung Garnisonkirche

- **Untersuchung der Gründung und Statik, zum Nachweis, dass bei temporärem Verbleib des Verwaltungsgebäudes Rechenzentrum die Statik beider Gebäude nicht gefährdet ist,**
- **Umplanung der Gründung für den Kirchturm inkl. Neuberechnung des Statiknachweises,**
- **Umplanung der Freianlagen, und vieles andere**

Gesamtkosten rund 374.867 Euro

Damit ergibt sich ein Mehraufwand am Verwaltungsgebäude des Rechenzentrums und bei der Stiftung Garnisonkirche von 476.157 Euro.

Ein Abrissmoratorium für den Staudenhof

VON LUTZ BOEDE

Seit fast zwei Jahrzehnten tobt der Potsdamer Häuserkampf in der touristischen Mitte der Stadt auch um den Wohnblock Am Alten Markt 10. Inzwischen ist der markante Bau der Ostmoderne mit seinen 182 Wohnungen auch als Staudenhofwohnblock bekannt, obwohl die namensgebende Grünanlage schon vor Jahren der Barockisierung durch das Leitbautenkonzept zum Opfer fiel.

Nach dem Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ (2016) beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass der Wohnblock nur abgerissen wird, *„wenn der Nachweis der wirtschaftlichen Realisierbarkeit und des wirtschaftlichen und wohnungspolitischen Vorteils gegenüber einer Sanierung geführt worden ist.“*

Diesen Nachweis versuchte die *ProPotsdam* in einer Variantenbetrachtung (21/SVV/0007) zu erbringen. Da für die Variante Sanierung Kosten von 19 Millionen Euro und für die Variante Abriss und Neubau Kosten von 40 Millionen Euro ermittelt wurden, war gleich eine ganze Reihe von Tricksereien erforderlich, um die Sanierung unwirtschaftlicher als *Abriss + Neubau* zu rechnen.

Wir möchten an dieser Stelle die offensichtlichsten davon aufzählen, um sie für die Nachwelt zu dokumentieren:

- In der Variantenbetrachtung wurden für die Variante *Abriss + Neubau* zusätzliche Flächen für Wohnen und Gewerbe einberechnet. Hingegen wurde keine einzige Variante betrachtet, bei der das Bestandsgebäude saniert und durch einen Ergänzungsbau auf dem Grundstück oder durch Wohnungsneubau an anderer Stelle ergänzt wird. Würde man diese Methode auch an anderen Stellen der Stadt anwenden, könnte jede Sanierung jedes Bestandsgebäudes als unwirtschaftlich dargestellt werden, weil ja stattdessen überall ein Hochhaus mit wesentlich mehr Nutzfläche entstehen kann. Allerdings liegt auf der Hand, dass es die wirtschaftlichste Variante ist, Gebäude so lange wie möglich zu nutzen und Neubauten dort zu errichten, wo zuvor keine Bestandsgebäude abgerissen werden müssen, um Platz zu schaffen.

- Es wurden keinerlei Varianten untersucht, in denen das Bestandsgebäude nach der Sanierung dauerhaft als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete oder als Studierendenwohnheim genutzt wird.

© KpL

- Förderprogramme für die nachhaltige Sanierung des Bestandsgebäudes wurden in der Variantenbetrachtung nicht berücksichtigt. Dabei bietet die ILB-Sanierungsförderung gegenüber der Neubauförderung nur geringfügig schlechtere Konditionen.

- In der Variantenbetrachtung fehlt die Summe, die die *ProPotsdam* seit Jahrzehnten durch Mietüberschüsse verbucht hat. Diese Mietüberschüsse resultieren ganz wesentlich aus unterlassenen Investitionen in das Bestandsgebäude. In der Variantenbetrachtung wird zwar der hohe Einnahmenüberschuss nicht berücksichtigt, allerdings ist der mit diesem Überschuss in ursächlichem Zusammenhang stehende Sanierungsrückstau eingepreist.

- Die Darstellung der Förderung der Abrisskosten i. H. v. 1,6 Mio. Euro aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist irreführend. Diese Mittel werden der Landeshauptstadt Potsdam seit vielen Jahren in Form eines festen Budgets für Maßnahmen in der Potsdamer Mitte bereitgestellt. Die Stadt kann über diese Mittel im Rahmen des Förderzweckes verfügen und stimmt die Einzelmaßnahmen jährlich mit dem Land ab. Allerdings könnte die Stadt aus diesen Mitteln auch Schulen sanieren oder die Grünanlage am Staudenhof wiederherstellen. Es handelt sich also nicht um Fördermittel, die ausschließlich für den Abriss eingesetzt werden können, sondern um variabel einsetzbare städtische Mittel.

- In der Variantenbetrachtung wurden ohne erkennbaren sachlichen Grund verschiedene qm-Mieten für die Gewerbeflächen veranschlagt – bei der Sanierung 15 Euro und beim Neubau 20 Euro.

- Die Kosten für die Schaffung von Pkw-Stellplätzen wurden im Variantenvergleich einfach weggelassen. Für die Sanierungsvariante würden diese Kosten wegen des Bestandsschutzes nicht anfallen. Bei *Abriss + Neubau* fallen entweder die Baukosten für eine Tiefgarage oder eine finanzielle Ablösezahlung nach der Stellplatzsatzung an. Diese hätten als Kosten berücksichtigt werden müssen.

- Unberücksichtigt blieb in der Variantenbetrachtung auch, dass in der Variante *Abriss + Neubau* das Grundstück mehrere Jahre als Baulogistikfläche zwischengenutzt werden soll und dass in diesem Zeitraum keine Mieteinnahmen getätigt werden können.

Bereits bei der Beschlussfassung über den Abriss hatte die vorgelegte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung also erhebliche Mängel – und diese Mängel wirkten sich im Vergleich ausnahmslos zu Lasten der Sanierungsvariante aus. In den letzten Monaten sind aber noch weitere Aspekte dazugekommen. Das betrifft vor allem die allgemeinen Steigerungen der Energie-, Material- und Personalkosten, die sich in deutlich höheren Baukosten niederschlagen. Es ist naheliegend, dass diese Entwicklung die Variante *Abriss + Neubau* deutlich stärker betrifft, weil diese Variante deutlich höhere Baukosten zu kalkulieren hat.

Bündnis 90/Die Grünen haben nachträglich Forderungen nach höheren Energiestandards bei der Umsetzung der Variante *Abriss + Neubau* erhoben. Fairerweise müssten diese Mehrkosten selbstverständlich auch in einer seriösen Wirtschaftlichkeitsberechnung enthalten sein.

Obwohl alle diese Fakten auf dem Tisch liegen, hat die Mehrheit der Stadtverordneten den Abriss des Wohnblockes beschlossen.

Auch die Gründung einer Bürgerinitiative *Retten wir den Staudenhof*, in der prominente Klimaschützer*innen wie Prof. **Hans Joachim Schellnhuber**, Prof. **Philipp Misselwitz**, **Angelika Drescher**, **Daniel Fuhrhop** und **Sophie Haebel** sich für den Erhalt des Staudenhofes und eine Bauwende in Potsdam einsetzen, konnte Grüne und SPD bislang nicht umstimmen. In diesen Fraktionen wird der schnellstmöglichen Umsetzung des Leitbautenkonzeptes auch in Zeiten des Klimanotstandes noch immer Vorrang vor Klimaschutz und sozialer Wohnraumversorgung gewährt.

Aber egal wie man zum Abriss des Staudenhofes stehen mag – kein vernünftig und verantwortungsvoll denkender Stadtverordneter kommt daran vorbei, dass die 182 Wohnungen im Wohnblock Am Alten Markt 10 derzeit dringend für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden. Die städtische Wohnungsgesellschaft *ProPotsdam* hat gerade ein Sonderbauprogramm aufgelegt, um an 8 Standorten am Stern, in Golm, am Schlaatz, in Fahrland und in der Waldstadt insgesamt 400 Wohnungen zu bauen. Erste Kalkulationen gehen davon aus, dass die Stadt diese Wohnungen für 23 Euro pro Quadratmeter und Monat anmietet. Außerdem plant die Stadt eine neue Gemeinschaftsunterkunft am Bahnhof Pirschheide. Dort sollen in Containern Plätze für 480 Geflüchtete geschaffen werden. Dafür will die Stadt 15–20 Millionen Euro ausgeben.

Die Stadt könnte also einen zweistelligen Millionenbetrag sparen, wenn sie den Staudenhof noch einige Jahre nutzt, um dort Flüchtlinge unterzubringen. Auch der Migrantenbeirat hatte vor kurzem in einem Schreiben an die Stadtfraktionen gefordert, den Wohnungsverbund im Staudenhof zumindest so lange zu nutzen, wie er für die Unterbringung der geflüchteten Menschen benötigt wird.

Daher unterstützen auch unsere Stadtverordneten einen fraktionsübergreifenden Antrag von Stadtverordneten, die für die nächsten 3 Jahre ein Abrissmoratorium fordern.

RETTEN WIR DEN STAUDENHOF!

Freier Eintritt für den Volkspark!

VON ARNDT SÄNDIG

Die Auseinandersetzung um den kostenlosen Eintritt zum ehemaligen BUGA-Park gibt es seit mehr als zehn Jahren. Die Debatte wird oft verknüpft mit der Diskussion um die kostenlose Nutzung des Park Sanssoucis. Nur die Altvorderen unter den Stadtverordneten erinnern sich noch, wie ein fast jugendlich anmutender Kämmerer **Burkhard E.** die Idee des Parkeintritts im Weltkulturererbe 2013 als „moderne Wegelagerei" kritisierte. Und das im öffentlichen Teil des Hauptausschusses und in Gegenwart **Hartmut Dorgerlohs**, seinerzeit Generaldirektor der *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten*. Doch beim kostenfreien Eintritt in den eigenen, städtischen Volkspark tut sich die Verwaltung schwer.

Die Verwaltungsspitze offenbart hier immer wieder Demokratiedefizite und eine grundsätzliche Fehlvorstellung über die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

Bereits 2012 hatte DIE aNDERE die Rücknahme der 2010 eingeführten Preiserhöhung für den Volkspark erreicht. Überraschend stimmten die Stadtverordneten dafür, das Sommerticket wieder für einen Euro statt für 1,50 Euro an die Besucher*innen zu verkaufen. Eher ein übersichtlicher Erfolg der damals dreiköpfigen Fraktion, blieb doch die Eintrittspflicht grundsätzlich erhalten. Doch auch der um 50 Cent herabgesetzte Eintritt war dem damaligen Baubeigeordneten **Matthias Klipp** ein gewaltiger Dorn im Auge. Einen Monat später stellte die Verwaltung mit **Klipp** an der Spitze den schlichten Antrag, den Beschluss zur Verringerung des Eintritts wieder rückgängig zu machen. **Klipp** ging krachend baden.

Geschickter fing es wenige Jahre später der bereits erwähnte Kämmerer an. Er stellte im Haushalt ohne jede Öffentlichkeit höhere Einnahmen aus den Eintrittsgeldern ein. Im Kleingedruckten fand sich dann die Erklärung. Der Eintritt wurde wieder mit 1,50 Euro Eintritt kalkuliert. Und so hebelte **Burkhard Exner** 2015 erfolgreich „durch die kalte Haushaltsküche" den Beschluss der Stadtverordneten aus. Den darauf folgenden Rückgang der verkauften Einzeltickets (von 144.400 auf 125.500 im Moment der Preiserhöhung) und den Rückgang der Besucher*innenzahl erklärte die Verwaltung mit der nachteiligen, winterlichen Witterung 2015/16, ein Phänomen, das von der Verwaltung zuverlässig nach jeder Preiserhöhung beim Eintritt in den Volkspark beobachtet wird.

Wieder wurde DIE aNDERE aktiv und stellte 2017 den Antrag, den Eintritt (diesmal) komplett kostenfrei zu stellen. Parallel dazu lief auch damals die Debatte um den Eintritt für den Park Sanssouci. SPD und CDU hatten beantragt: *„Für den Zeitraum einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltsaufwand an der Pflege und Unterhaltung von Schlossgärten und Parkanlagen der SPSG in Potsdam wird der Eintritt für den Volkspark ausgesetzt."* Die Logik erschloss sich schon mal damals nicht. Ein Volkspark sollte seinem Namen gerecht werden und ohne Eintritt auskommen. DIE aNDERE forderte daher postwendend: *„Unabhängig von einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltsaufwand für die Pflege von Schlossgärten und Parkanlagen der SPSG in Potsdam wird der Eintritt für den BUGA-Volkspark zum 01.01.2018 aufgehoben."* Der Antrag der aNDEREN erfuhr zwar die in Potsdam übliche Sozialdemokratisierung. Immerhin aber erreichte er 2018 im Ergebnis einen kostenfreien Eintritt für Jugendliche bis 18 Jahren.

Zu Beginn des Jahres 2023 nun diskutiert Potsdam wieder den Parkeintritt. Für Sanssouci werden Millionenzahlung der Stadt an die Stiftung erwogen. Als sich die Stadtverordneten weigern, der Stiftung – ohnehin finanziert durch die Steuergelder des Bundes und der Länder Berlin und Brandenburg – auch noch kommunale Millionen zu überweisen, plant die SPSG mit einem Parkeintritt ab 2024.

DIE aNDERE spricht sich gegen weitere Zahlungen der LHP aus und setzt sich bei der teils hitzigen Diskussion mit dem Antrag durch, dass der *„Volkspark zur neuen Saison für alle kostenfrei zugänglich wird und ein um mindestens 200.000 Euro erhöhtes Pflegebudget erhält"*. Ursprünglich sollten *„die dafür erforderlichen Mittel aus der Deckungsquelle getragen werden, die der Oberbürgermeister für die Zahlungen an die SPSG vorgesehen hatte."* Schlussendlich wird der Antrag ohne diesen Zusatz am 01.03.2023 von einer Mehrheit der Stadtverordneten beschlossen.

Das Ende der Diskussion? Wohl noch nicht. Wie schon 2012 und 2017 plant die Verwaltung, den Beschluss rückgängig zu machen. Der Souverän hätte bei der Beschlussfassung die Konsequenzen seines Beschlusses nicht gekannt. Die steuerlichen Auswirkungen einer allgemeinen Eintrittsfreiheit seien nicht berücksichtigt und natürlich auch nicht im Haushalt eingestellt worden. Der kostenfreie Eintritt sei daher zu überdenken. Einmal mehr scheint die Verwaltung – die Sozialbeigeordnete **Brigitte Meier** und wieder ist der Kämmerer dabei – nicht bereit, die politische Entscheidung der Stadtverordneten zu akzeptieren. Ob sie damit diesmal mehr Erfolg haben, bleibt abzuwarten.

© Sara Krieg

Garnisonkirche
Das Jahrzehnt von Potsdam

VON CARSTEN LINKE

Dieses Jahr jährte sich der *Tag von Potsdam* mit seinem Symbolbau, der Garnisonkirche Potsdam, zum 90. Mal. Es gab diverse Veranstaltungen; eine Veranstaltungswoche in der ehemaligen „Geburtsstadt des Dritten Reiches“.[1]

In vielen Reden und Artikeln wurde darauf verwiesen, dass der *Tag von Potsdam* ein Produkt einer längerfristigen Entwicklung war. Es wurden aber meist nur kurze Geschichtssplitter zur Rolle der NSDAP bemüht, um diese Vorgeschichte zu erläutern. Von „Machtergreifung“ der Nazis ist oft die Rede. Doch das ist zu einfach. Unbestritten ist, dass am 5. März 1933 ein neuer Reichstag gewählt wurde. Vor dem Hintergrund des inszenierten Reichstagsbrandes in der Nacht auf den 28. Februar 1933, für den die Reichsregierung die Kommunist*innen verantwortlich machte, hatte sich die Stimmzahl der NSDAP erhöht. Sie verfehlte jedoch die absolute Mehrheit. Um an der Macht bleiben zu können, war die NSDAP weiterhin auf die völkische DNVP angewiesen. Beide zutiefst republikfeindlich geprägten Parteien wurden vom Volk gewählt. Ihnen wurde die Macht von den Deutschen „geschenkt“.

Über die NSDAP müssen wir hier nichts Erläuterndes schreiben, aber über ihre Partnerin, die *Deutschnationale Volkspartei*. Die DNVP bezog ihre Programmatik aus dem völkischen Nationalismus, Nationalkonservatismus, Monarchismus und Antisemitismus. Unterstützt wurde sie vor allem von ostelbischen Großgrundbesitzern, Adligen und ehemaligen Offizieren der alten Armee und Marine. Die DNVP bildete schon 1931 mit der NSDAP und dem *Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten* die *Harzburger Front*. Zur Reichstagswahl 1933 trat die DNVP passfähig unter der Bezeichnung *Kampffront Schwarz-Weiß-Rot* an. Speziell in Potsdam stellte die DNVP eine Hausmacht dar. Von April 1924 bis März 1934 war der DNVP-Mann **Arno Rauscher** Oberbürgermeister der Stadt Potsdam. Schon im November 1913 wurde er zum Zweiten Bürgermeister unter **Kurt Vosberg** gewählt. Auch der Stadtverordnetenvorsteher, Rechtsanwalt **Felix Rosbund**, war ein DNVP-Mann.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg

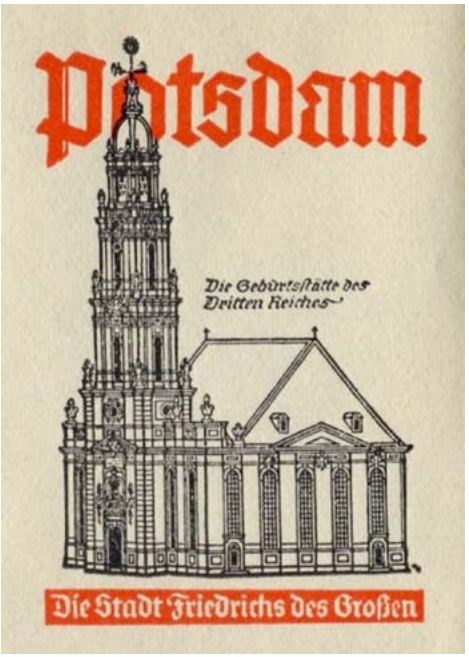
Wer wirklich verstehen will, was 1933 passierte und warum gerade Potsdam zum „Kultort“ des Untergangs der Demokratie wurde, der/die muss 100 Jahre zurückblicken. Das Jahr 1923, das Jahr der Ruhrkrise, Hyperinflation und des Hitler-Putsches. In Potsdam war 1923 ein Jahr der Restauration alles Deutsch-Nationalen und des Preußischen Militarismus.Begonnen hat das „Elend“ für die Stadt mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Verlust des Titels „Residenzstadt“, den sie erhielt, nachdem sich der Kurfürst 1701 selbst zum König krönte.

Nachdem 1919 die Weimarer Nationalversammlung zusammentrat, war sie das verfassunggebende Parlament der Weimarer Republik. Der *Geist von Weimar* wurde geboren. Nahezu zeitgleich wurden die sechs Gardekavallerie- und Gardefeldartillerie-Regimenter in Potsdam aufgelöst. Potsdam war bis dato die größte Kavalleriegarnison Preußens und im Deutschen Reich gewesen. Zahlreiche gewichtige militärische Institute wurden aufgelöst: Unteroffiziersschule, Lehrbataillon, Kriegsschule, Kadettenanstalt. Die Luftschiffhalle wurde abgerissen. Aus der Kriegsschule auf dem Brauhausberg wurde das Reichsarchiv. Die Kadettenanstalt (heute Staatskanzlei) wurde staatliche Bildungsanstalt und später *Nationalpolitische Bildungsanstalt* (Napola).

Die Sehnsucht nach preußischem Militarismus

Es dauert nur kurze Zeit bis die alten Geister sich neu formierten. Der Geist von Potsdam fand neue Strukturen und Ausdrucksformen. Über zehn neue Kriegerdenkmale wurden zu Ehren der Soldaten des Ersten Weltkrieges errichtet. Die Mehrzahl 1923/24. Im Mai 1923 wurde das Garnisonmuseum (im heutigen Filmmuseum) eröffnet, um dem preußischen Militarismus zu huldigen. Schon 1920 wurden zahlreiche Ausstellungsobjekte aus dem Zeughaus des revolutionären Berlins ins sichere Potsdam verbracht. Geld war auch vorhanden. Eine Million Mark Vorschuss waren bereits während des Krieges durch **Wilhelm II.** bewilligt worden, um ein Kriegsmuseum einzurichten. 1922 votierten die reaktionären Stadtverordneten für die Einrichtung des Garnisonmuseums.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der ehemaligen Eliten rekrutierten sich zahlreiche Traditionsvereine. Nicht nur rein militärische. Der *Bund Königin Luise* (BKL) komplettierte das breite Geflecht von adligen und nationalkonservativen Männer-Netzwerken zur Neuorientierung. Der Luisenbund war eine rechtskonservative, antisemitische Frauenorganisation, welche 1923 gegründet und nach Königin **Luise von Preußen** benannt wurde. Der BKL war bis 1928 die inoffizielle Frauenorganisation des *Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten* und stand der konservativ-monarchistischen DNVP nahe. Der Bund wurde durch das *Haus Hohenzollern* unterstützt, Schirmherrin war **Cecilie von Preußen**, die Ehefrau des ehemaligen Kronprinzen **Wilhelm von Preußen**. 1933 war der BKL nach eigenen Angaben mit 200.000 Mitgliedern einer der größten Frauenvereine und unterstützte als einer der ersten offen die NSDAP.



Das neue Geflecht verband alte Militärs, die Stadt- und Landespolitik, die Verwaltung, die Polizei und andere „gesellschaftsprägende“ Strukturen. Eine „Spinne im Netz“ war **Wilhelm von Dommes**. Er war zum Ende des Ersten Weltkrieges Generalmajor und Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses (1932 bis 1941). **W. v. Dommes** war DNVP-Mitglied. Zeitgleich war er beim *Stahlhelm*, beim *Alldeutschen Verband* und Vorsitzender der Potsdam-Abteilung des *Nationalverbandes Deutscher Offiziere*.[2] Außerdem war er von 1925 bis 1934 letzter Vorsitzender des Preußenbundes.

Der Preußenbund, eigentlich *Bund der Kaisertreuen*, war eine konservative politische Organisation, die der DNVP nahestand. Er wurde 1913 gegründet und bestand bis 1934. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs setzte sich der Preußenbund für die Wiederherstellung der Monarchie ein. Der *Alldeutsche Verband* bestand von 1891 bis 1939. In der Zeit des Deutschen Kaiserreichs zählte er zeitweise zu den größten und bekanntesten Agitationsverbänden. Er wurde als eine der lautstärksten und einflussreichsten Organisationen des völkischen Spektrums wahrgenommen. Sein Programm war expansionistisch, pangermanisch, militaristisch, nationalistisch sowie von rassistischen und antisemitischen Denkweisen bestimmt.

Der Geist von Potsdam in Wahlergebnissen

Die DNVP-Mitglieder **Anna Schmidt**, **Alfred Rittner** und **Fritz Werner** waren im Gemeindekirchenrat der Garnisonkirche Potsdam aktiv.[2] Auch **Otto Dibelius**, der Generalsuperintendent der Kurmark in der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, war DNVP-Mitglied. Er hielt eine Rede beim Festakt zum *Tag von Potsdam* in der Garnisonkirche zur Erneuerung des deutschen Volkes und des Glaubens.

Die antidemokratisch ausgerichtete DNVP, die ihr Vorbild im italienischen Faschismus sah, war im Potsdam der Weimarer Zeit die mächtigste Partei. Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 und 1928 erhielt die DNVP/DVP-Liste in Potsdam (ohne Nowawes und Bornim) 58,4 bzw. 48,6 Prozent der Stimmen. Die **Freifrau von Watter** von der DNVP wurde in den Jahren wiederholt direkt in den Preußischen Landtag gewählt. Sie fungierte als Expertin für Rassenhygiene in der DNVP und hielt zahlreiche Vorträge zu diesem Thema. Sie gehörte auch dem *Bund Königin Luise* und dem *Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft* an. Später kandidierte sie dreimal erfolglos für den Deutschen Bundestag, bei der Bundestagswahl 1949 auf der Landesliste der „Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei“, bei der Bundestagswahl 1961 auf der Landesliste der „Gesamtdeutschen Partei“ und bei der Bundestagswahl 1969 auf der Landesliste der NPD.

Schon bei der Reichstagswahl 1920 wurde **Kuno von Westarp** für den Wahlkreis 3 (Potsdam II) in den Deutschen Reichstag gewählt. **Von Westarp** zählte zunächst zum alldeutsch-völkischen Flügel der DNVP und war Verbindungsmann der Partei beim Kapp-Lüttwitz-Putsch.

1 Zur Veranstaltungswoche: https://www.potsdam.de/120-als-die-demokratie-starb

2 Vgl.: M. Grünzig „Fanatiker im Kampfe für den nationalen Gedanken müssen wir alle werden.“ Beitrag in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, ZFG 68 (2020) 1

3 Vgl.: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/Potsdam_Wahlen_histor.pdf

4 Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933

K. v. Westarp sah nach 1918 die „Fremdherrschaft“ der Siegermächte als Ursprung der Probleme in Deutschland an. Gleichzeitig sah er Juden als „fremde Rasse“ und die Sozialdemokratie als eine von Juden gelenkte Bewegung an.

Die Wahlergebnisse zu den Reichstagswahlen in den Jahren 1920 bis 1933 machen den allgegenwärtigen *Geist von Potsdam* deutlich (Siehe Tab. 19).[3] Über 70 Prozent der Stimmen für DNVP/DVP und NSDAP im Jahr 1933 in der Stadt Potsdam. Reichsweit erhielt das Duo aus NSDAP und DNVP-geführter *Kampffront Schwarz-weiß-rot* „nur“ 51,9 Prozent.[4]

Tab. 19: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 15.3.1933 - Wahlorte Potsdam, Nowawes und Bornim - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

[1] 1924: 4.5. und 7.12.; 1932 31.7. und 6.11.

Jahr [1]	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zur Wahl des Reichstags in %											
	DNVP/DVP			SPD/USPD			KPD			NSDAP		
	Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde	
	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim
1920	52,3	25,9	39,8	35,3	60,2	55,4	0,7	1,7	-	-	-	-
1924	55,4	38,9	55,5	14,7	27,4	12,2	6,3	13,4	12,7	6,7	3,8	2,9
1924	55,0	28,8	50,2	24,1	40,6	29,4	3,8	12,0	6,0	2,7	2,0	1,7
1928	48,7	17,4	38,0	31,4	44,9	39,5	3,5	14,4	6,8	1,5	0,8	1,4
1930	31,4	12,5	11,3	26,1	36,5	33,2	6,3	20,1	12,1	21,3	11,3	23,1
1932	20,9	8,8	.	24,5	32,1	.	7,3	24,5	.	41,3	29,2	.
1932	31,8	13,3	.	21,7	30,3	.	8,4	27,0	.	32,2	24,1	.
1933	26,5	11,7	10,2	18,0	27,8	20,8	6,9	22,1	16,0	44,0	33,3	50,6

Die Stadt selbst empfiehlt sich in den Jahren 1919 – 1933 regelrecht als Hort der nationalen Wiedergeburt. Der Potsdamer Oberbürgermeister **Arno Rauscher** (DNVP) lobt am T*ag von Potsdam* den neuen Staat als *„eine Gesinnungsgemeinschaft der Nation“* und spricht vom *„Aufbruch unserer besten Volkskraft“* sowie vom *„Aufruhr der Volksseele“*, der jetzt von *„den Besten der Nation geführt wird“*.

Der Divisionspfarrer a. D. **Grunewald** schreibt aus gleichem Anlass: *„Unsere Garnisonkirche mit ihrer Königsgruft das Heiligtum Preußens, mit ihren Fahnen, unter denen die Männer des Gardekorps und des 3. Armeekorps geblutet und gesiegt, hat heute ihre Pforten aufgetan, um die Reichsregierung und die Reichstagsabgeordneten zu feierlichem Staatsakt aufzunehmen.“*

Der *Tag von Potsdam* machte die Verbindung von *„alter Größe und der jungen Kraft“* sichtbar. Es war nicht das Werk Goebbels. Er sorgte lediglich für die reichsweite Verbreitung der Botschaften in den Medien. Neben Goebbels und dem Friedrich II.-Verehrer Hitler waren die Reichsregierung (vor allem Reichspräsident Hindenburg), die Reichswehr, das Reichsinnenministerium, die Reichstagsverwaltung, die evangelische Kirche, der Gemeindekirchenrat der Garnisonkirche sowie die Stadt Potsdam daran beteiligt. Die Organisation der Feier zum *Tag von Potsdam* war ein nationalkonservatives, national-völkisches und nationalsozialistisches Gemeinschaftswerk. Das Jahrzehnt von Potsdam mit seinem antidemokratischen Ungeist von Potsdam führte zum *Tag von Potsdam*. Und der Ort des Geschehens wurde nicht zufällig ausgewählt: das Grabgelege der preußischen Könige – die Garnisonkirche Potsdam.

Zeittafel 1919 – 1933

Das Potsdam der Weimarer Republik ist eine zutiefst konservative Stadt und Sammelbecken der Republikgegner*innen und Nationalist*innen im Jahrzehnt vor 1933. Und die Garnisonkirche wird zu ihrem Identifikationsort. Die Liste der Veranstaltungen in und um die Garnisonkirche Potsdam macht das Dilemma und die Vorschubleistung der Reaktionäre für den Nationalismus und den aufkommenden Faschismus deutlich.

24.11.1919 Heldengedächtnisfeier der DNVP für die (Garde-)Regimenter in der Garnisonkirche Potsdam; Hauptredner Kriegsgeneral **Erich Ludendorff**

18.01.1921 Veranstaltung der DNVP mit Hofprediger **Vogel** gegen die Weimarer Republik in der Garnisonkirche

April 1921 Fast 100.000 Menschen folgen dem Sarg der ehemaligen Kaiserin **Auguste Viktoria**, als sie in Potsdam begraben wird. Ihr Leichnam wurde aus den Niederlanden in den Antikentempel des Parks von Schloss Sanssouci überführt.

05.05.1923 Das Denkmal des 3. Garde-Ulanen-Regiments an der südöstlichen Ecke der Kolonie Alexandrowka wird eingeweiht. Es erinnert auch an die 2,5 Mio. Truppenpferde, die getötet wurden. Eine andere Quelle gibt für die feierliche Einweihung den 17. Mai an.

19.05.1923 Es wird das Garnisonmuseum im ehemaligen Marstall (heute Filmmuseum) eröffnet. Dafür werden zahlreiche Ausstellungsstücke aus dem Zeughaus Berlin nach Potsdam verbracht, u. a. die Wachsfiguren, die zuvor Preußen auf der Weltausstellung in Paris symbolisierten.

24.06.1923 Das Kriegerdenkmal für das längst aufgelöste Garde-Jäger-Bataillon wird auf dem Bassinplatz enthüllt. Im 2. Weltkrieg wird das Denkmal mehrfach umgesetzt (1936 und 1944). Seit dem 15.06.2001 steht es in der Henning-von-Treskow-Kaserne in Geltow, der heutigen Bundeswehrzentrale für Auslandseinsätze. Auch das Denkmal zu Ehren der Krieger von 1870/71 steht dort.

Nov.1923 Der Ex-Kronprinz **Wilhelm** kehrt nach Deutschland zurück, in Frankreich wird dies als Bildung eines antirepublikanischen Zentrums interpretiert.

Mai 1924 Die Angehörigen des ehemaligen „Garde du Corps“ errichten gegenüber dem Eingang zum Neuen Garten ein Denkmal in Gestalt eines Obelisken mit dem Relief eines drachentötenden Soldaten. 1929 folgt ein zweites, größeres Reiterdenkmal.

24.06.1924 Feierliche Einweihung des nach dem Wahlspruch des 1. Garderegiments zu Fuß benannten „Semper-Talis-Denkmal“: ein Obelisk an der Plantage, neben der Garnisonkirche

01.03.1925 Heldengedenkfeier des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“ mit Weltherrschaftsträumen in der Garnisonkirche

Die Zeittafel ist der Broschüre „Das Widerstandsprojekt Garnisonkirche – Eine Chronik“ von Carsten Linke entnommen (2022 / ISBN 978-3-00-071331-6). Sie kann für 9,00 Euro unter der Mailadresse cali-production@posteo.de bestellt werden.

1925 Das 1. Garde-Ulanen-Denkmal am Ruinenberg wird eingeweiht, ebenso das Leib-Garde-Husaren-Denkmal in der Neuen Königsstr. (Berliner Vorstadt).

1925 Bestehend aus 22 Mann wird die erste NSDAP-Ortsgruppe in Potsdam gegründet.

13.06.1926 Kundgebung des Deutschen Ostbundes zur „Kulturüberlegenheit" gegenüber den Slawen und mit der Forderung der Zerschlagung Polens in der Garnisonkirche.

1926 **Wilhelm** (Sohn des Ex-Kronprinzen) nimmt an einer Übung des elitären Infanterie-Regiments 9 in Potsdam teil. Dies löst eine politische Debatte aus. Im Berliner Tageblatt heißt es: *„Es hat noch niemals einen Staat gegeben, in dem gegnerische, auf Umsturz hoffende Thronprätendenten in die Armee eingereiht worden wären."*

19.02.1927 Erste Parade der Potsdamer Garnison der Reichswehr nach dem Ersten Weltkrieg im Lustgarten

07.05.1927 *Bund der Frontsoldaten–Stahlhelm* trifft sich in der Garnisonkirche, mit der Forderung zur Eroberung neuer Lebensräume und der Errichtung eines Führerstaates

15.05.1927 Mit Festreden und dem Aufmarsch einer Reichswehr-Abordnung mit alten Fahnen und Standarten wird ein Denkmal eingeweiht und der neue „Land- und Wassersportplatz Luftschiffhafen" gefeiert. Der *„neue Sportplatz sollte den gefallenen Söhnen der Stadt geweiht werden"*.

Aug. 1927 **Bertolt Brecht** und **Kurt Weill** veröffentlichen das Lied „Zu Potsdam unter den Eichen": **www.bit.ly/3nVnDhU**

14.06.1928 Hetzveranstaltung des Deutschen Offiziersbundes gegen volksfremde Elemente in der Garnisonkirche

06.08.1928 Bund deutscher Marine-Vereine in der Garnisonkirche mit der Forderung der Rückeroberung ehemaliger deutscher Kolonien

1928 In der Garnisonkirche wird ein Opferstock zum Sammeln für die Witwen und Waisen der Gefallenen der Potsdamer Garnison geweiht (geschaffen von der Gilde der Potsdamer Künstler). Reich verziert mit Schnitzereien von zwei Soldaten in der Mitte, trauernden Frauen an den Seiten und krönendem aufgerichtetem Schwert. Dies hat eine lange Tradition.

1929 Das Denkmal für die Gefallenen des Sanitätskorps vor dem Neuen Friedhof (Friedhof an der Heinrich-Mann-Allee) wird eingeweiht. Es ist eines der zwei Denkmale aus der Zeit, welche im Original erhalten sind.

17.11.1929 Die NSDAP zieht zum ersten Mal in das Potsdamer Stadtparlament ein.

22.06.1930 Die *Bismarckjugend* der DNVP beschwört in der Garnisonkirche ein Großdeutsches Reich samt Österreich und Sudetengebieten.

Herbert Ritter wird im Alter von 17 Jahren von dem Nationalsozialisten **Günter Güstrau** ermordet. **Ritter** war damit das erste Opfer des Faschismus in Nowawes. **12.11.1931**

Kaiser **Wilhelm** bezeichnet aus dem holländischen Exil die Garnisonkirche als *„Symbol des Preußentums"*. **1932**

NSDAP-Aufmarsch mit SA-Festakt vor und in der Garnisonkirche. **04.04.1932**

Ex-Kronprinzessin **Cecilie** tritt beim Luisenbund vor 5.000 Frauen als Hauptrednerin auf. **18.09.1932**

Großveranstaltung der Hitler-Jugend mit **Adolf Hitler** im Stadion Luftschiffhafen **01./02.10.1932**

Machtergreifung durch die Nationalsozialisten – **Walter Junker** und andere KPDler organisieren aus diesem Anlass eine Demo vom Weberplatz bis zur Langen Brücke und zurück. Später wird Junker in Spanien Soldat der XI. Internationalen Brigade und kämpft dort gegen den Faschismus in Europa. **30.01.1933**

Ex-Kronprinz bei der Trauerfeier zweier Nazigrößen im Berliner Dom – Fotos zeigen ihn beim demonstrativen Handschlag mit **Hermann Göring** und die New York Times schreibt *„Strange things happen in Germany"*. Der Bericht meint: Ohne den Kronprinzen und seine Brüder könne kein Stahlhelm- oder Naziaufmarsch mehr als komplett gelten. **05.02.1933**

In einem Schreiben an den Reichsminister des Innern wird mitgeteilt: *„Der Gemeindekirchenrat der Zivilgemeinde der Garnisonkirche in Potsdam hat beschlossen, die Garnisonkirche für den feierlichen Akt zur Eröffnung des Reichstages zur Verfügung zu stellen."* **10.03.1933**

Tag von Potsdam mit den Hauptfiguren **Paul von Hindenburg** und **Adolf Hitler** in und vor der Garnisonkirche – der Festakt symbolisiert das Bündnis von Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der Ex-Kronprinz der Hohenzollern ist ebenfalls anwesend, auch in der Kirche wird durch die Bestuhlung die Achse *Hitler-Hindenburg-Hohenzollern* betont. Die Melodie *„Üb' immer Treu und Redlichkeit ....."* wurde über den damaligen Deutschlandsender zur Erkennungsmelodie des „Tausendjährigen Reiches". **21.03.1933**

Potsdam wird zum *„Geburtsort des Dritten Reiches"*. Am gleichen Tag wird das erste Konzentrationslager in Oranienburg eingerichtet. Im Sommer 1933 übernimmt der Staat die Kosten des Lagers, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Potsdam.

Noch am selben Tag verkündet die Regierung eine Amnestie für Straftaten, die *„im Kampfe für die nationale Erhebung des Deutschen Volkes"* begangen worden sind.

Reichstagspräsident **Göring** dankt Oberbürgermeister Rauscher für die hervorragende Ausschmückung Potsdams am 21. März. **31.03.1933**

Bürokratie und Menschen

Mehr als Grießbrei und Nudeln: Grundversorgung in Schulen

VON SVEN BRÖDNO UND ANNEGRET PANNIER

Am 23. März 2023 wandten sich mehrere Sozialverbände mit einem Offenen Brief an die Stadtverordneten und den Oberbürgermeister. Dieser thematisiert die *„mangelnde Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen an Potsdamer Schulen“*.[1] Konkret geht es um die Mittagsversorgung am Schlaatz, doch letztendlich sind hungrige Schüler*innen nur ein Symptom der aktuellen, unterfinanzierten Bildungspolitik und lebensferner Bürokratie.

Der Brief der Sozialträger behandelt ein Thema, welches vor allem in den südlichen Stadtteilen akut ist, aber potsdamweit an Brisanz gewinnt. An der Weidenhof-Grundschule und der Gesamtschule *Am Schilfhof* kostet jede Mittagsmahlzeit vom Caterer über fünf Euro. Daher nehmen zu wenige Kinder und Jugendliche an der Schulspeisung teil, was zur Folge hat, dass viele von ihnen nachmittags hungrig in den Kinder- und Jugendclubs erscheinen. Für diese Einrichtungen wurden die pädagogischen Sachkosten seit mehr als zehn Jahren im Budget der Stadt nicht erhöht. Die Sozialarbeiter*innen wenden ihr geringes Budget dafür auf, das Grundbedürfnis nach Nahrung zu stillen, da sie mit hungrigen jungen Menschen keine anderen Themen bearbeiten können.

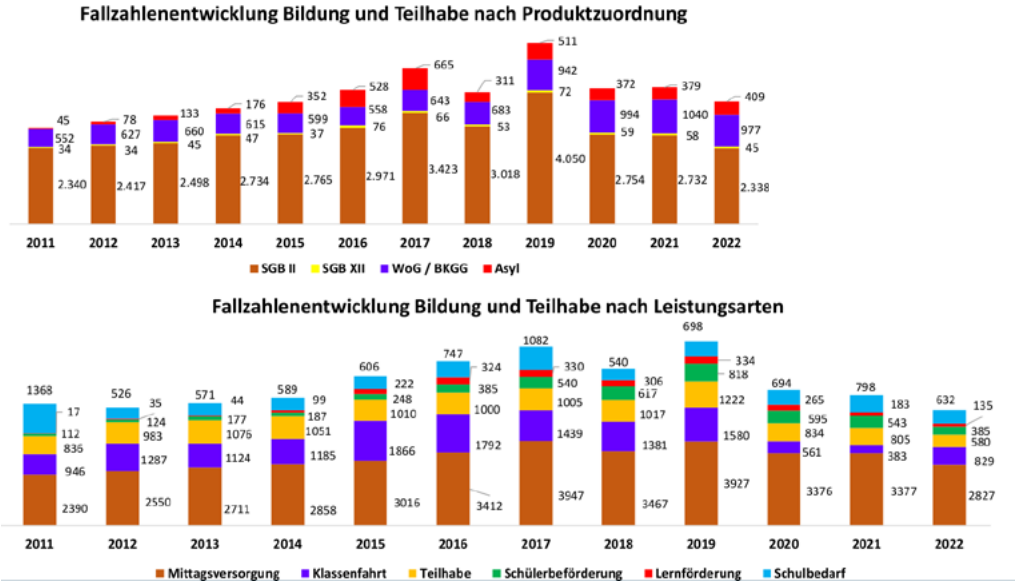
Schon oft wurde eine kostenlose Schulverpflegung in Potsdam gefordert, aber nicht umgesetzt. Nicht verwunderlich angesichts der hohen Summe von jährlich circa 14,3 Millionen Euro, die die Stadt dafür aufwenden müsste – Empfänger*innen des *Bildungs- und Teilhabepakets* der Bundesregierung bereits ausgenommen.[2]

Wo und wann ein Kind oder ein*e Jugendliche*r an einem Werktag zu welchem Preis frühstückt oder zu Mittag isst, hängt von vielen Faktoren ab. Derzeit kommen diverse Einzelmaßnahmen vor allem im Süden Potsdams zum Tragen. Im Potsdamer Norden findet sich die Problemlage nur vereinzelt – Sie wird dann meist auf Schulebene individuell gelöst.

Erst bezahlen, dann auf die Ämter warten

Oft wird darauf verwiesen, dass das Schulessen zu den Leistungen des *Bildungs- und Teilhabepakets* (BuT)[3] gehört. Allerdings ist dieses Teil eines komplexen Bürokratiegebildes. Nicht wenigen bildungsfernen oder migrantisch geprägten Haushalten sowie Familien in akuten Konfliktlagen bereitet dieses Schwierigkeiten. Und auch wer gut Amtsdeutsch spricht und leichten Zugang zu einem Kopierer hat, bekommt nicht unbedingt schnell und unkompliziert BuT-Leistungen ausgezahlt. Schließlich benötigt man für die Bearbeitung eines BuT-Antrags einen aktuellen Bescheid über den Bezug von Kinderzuschlag, Wohngeld, Bürgergeld oder einer anderen Sozialleistung. Dieser kann für sich genommen monatelang in der Bearbeitungsschleife hängen und erfordert meist das Beibringen zahlreicher Dokumente und Formulare. Wer etwa in diesem Januar Wohngeld beantragte, konnte zwar schon einmal BuT-Leistungen ab Januar beantragen. Dies würde aber erst bearbeitet werden, wenn im April oder später der Wohngeld-Bescheid im Briefkasten wäre und für die BuT-Stelle kopiert würde. Dabei ergibt sich nicht selten das Zusatzproblem, dass die BuT-Stelle Fristen für die Bescheid-Einreichung vergibt, um deren Verlängerung man wiederholt bitten muss, weil man ja den antragsberechtigenden Bescheid selbst noch nicht erhalten hat. Bereits 2021 hakte DIE aNDERE mit einem Antrag (21/SVV/0040) nach: Die Verwaltung erklärte, gesetzeskonform für bis zu zwölf Monate rückwirkend BuT-Leistungen auszuzahlen.

Angesichts des Personalmangels in der Stadtverwaltung ist es in Potsdam keine Seltenheit, ein halbes Jahr auf zustehendes Wohngeld und in Folge auch auf eine Rückzahlung ausgelegten Geldes für Schulessen, Klassenfahrten oder Nachhilfestunden zu warten. Allerdings kann nicht jede Familie dieses Geld überhaupt erst auslegen. 2022 hat die Zahl der genehmigten BuT-Anträge einen Tiefstwert angenommen. Dies zeigt, dass immer weniger Menschen auf dieses Instrument vertrauen und/oder der Bearbeitungsstau im letzten Jahr einen Höchststand erreicht hat.



▲ Seit 2022 personalbedingt und krisenbedingt hoher Bearbeitungsrückstand, sehr hohe Anspruchsberechtigung nach BuT

Doppel-Bürokratie für Kenner*innen

Schon im Juli 2008 hat die Stadt den Härtefallfond zum Schulessen für Bedürftige eingeführt.[4] Dieser ist die erstbeste Lösung bei Verzögerungen im BuT-Antragsprocedere. Allerdings ist er wenig bekannt. Und besonders bei den vulnerablen Gruppen wird jedes weitere Formular eine Barriere. Ob man das Formular proaktiv gereicht bekommt, hängt von der besuchten Schule bzw. Beratungsstelle ab. Auf dem Formular kann man z. B. ankreuzen, dass man bestimmte Sozialleistungen (noch) nicht bekommt und freihändig einige Sätze zur Bedürftigkeit schreiben. (siehe nächste Seite ►)

213 Familien in Potsdam ließen im Schuljahr 2021/2022 die Kosten für das Schulessen auf diese Weise von der Stadt übernehmen. Der Kommune entstanden dabei Kosten von rund 100.000 Euro.[5] Obwohl ein solcher Härtefall-Antrag in den meisten Fällen rasch „durchgewunken“ wird, ist er keine oft gewählte Option – vermutlich mangels Kenntnissen bzgl. der Existenz und korrekten Nutzung des Formulars. Zu bedenken ist auch: Wird der BuT-Antrag der jeweiligen Familie schlussendlich bewilligt, entsteht ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für die Rückverrechnung.

Gemeinsames Essen als Basis für Bildung und Kommunikation

Nun ist ein warmes Mittagessen nicht die einzige potenzielle Nährstoffquelle für junge Menschen. Am kostenlosen Schulfrühstück (meist belegte Brote und Gemüsescheiben) haben 2022 fast 900 Grundschüler*innen in Potsdam teilgenommen.[6] Diese Frühstücksversorgung von Schulkindern in tendenziell ärmeren Stadtvierteln wurde von den Stadtverordneten 2016 beschlossen. Sie befand sich zunächst in AWO-Trägerschaft und wurde schließlich vom Ehrenamt weg in die Verantwortung der Caterer gelegt. Um dieses Angebot bei steigenden Schüler*innenzahlen fortzuführen, rechnet die Stadt mit einem Finanzbedarf von 540.000 Euro. Und verweist zugleich darauf, dass es sich um eine freiwillige Ausgabe handelt, die *„langfristig im Haushalt etatisiert“* werden müsste. Leider profitieren von diesem Speiseangebot keine Jugendlichen, da die Stadt keine finanziellen Mittel für die Ausweitung auf die Sekundarstufe sieht.

Dabei könnte diese eine relativ einfache Methode sein, um mehr Schüler*innen mit gesundem Essen zu versorgen. Schließlich brauchen belegte Brote weniger Ausgabepersonal, keine Warmhaltebehälter und keine Vergrößerung der Mensen. Das Berliner Modell, innerhalb kurzer Zeit das warme Mittagessen für alle Grundschüler*innen kostenfrei zu machen, stieß auf baulich nicht dafür ausgestattete Schulen und erforderte Improvisationstalent vom pädagogischen Personal.

Kreative Lösungen für einzelne Schulen können nur umgesetzt werden, wenn dort Kapazitäten beim Personal vorhanden sind. Und der Druck auf Schulleitungen, Lehrer*innen, Erzieher*innen und anderes pädagogisches Personal hat stetig zugenommen und ist bereits sehr hoch. Krankheits- und Erschöpfungstendenzen nehmen spürbar zu. Generell ist die Situation an Bildungseinrichtungen schwierig, auch in Potsdam trifft gehäufter Personalausfall auf inadäquate Schulplanung und Raummangel. Hungrige Kinder und Jugendliche sind nur ein Mosaikstein der Gesamtproblematik – allerdings ein verhältnismäßig einfach zu verbessernder.

Achtung: Diese Erklärung bitte vollständig ausfüllen und im Sekretariat der Schule abgeben!
Es muss ein Vertrag mit dem Caterer abgeschlossen worden sein.

Vor- und Zuname eines gesetzlichen Vertreters	Potsdam, den
Anschrift der Hauptwohnung Straße Nr. PLZ Ort	Telefonnummer E-Mail-Adresse

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
Arbeitsgruppe Betrieb Schule (2352)
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Eingangsstempel der Schule

Härtefallerklärung der gesetzlichen Vertreter
zur anteiligen oder vollständigen Kostenübernahme des Schulessens
im Schuljahr 2022 / 2023

Mein Kind

- ☐ wohnt mit Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt Potsdam.
- ☐ ist Schüler/in in den Jahrgangsstufen 1 bis 10 einer Schule in der Landeshauptstadt Potsdam.

ja / nein

Sollte ein Punkt nicht zutreffen, kann keine Kostenübernahme des Schulessens über die Härtefallerklärung erfolgen.

- ☐ Ich oder das Kind beziehen eine der folgenden Sozialleistungen:
  - ☐ Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II),
  - ☐ Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII),
  - ☐ Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG,
  - ☐ Kinderzuschlag oder
  - ☐ Wohngeld

- ☐ Ich habe eine der zuvor genannten Sozialleistungen beantragt.

nein / ja

Dann ist ein Antrag auf Kostenübernahme der „Gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung“ nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zu stellen!

  - ☐ Ich habe einen BuT-Antrag gestellt und benötige für die Übergangszeit eine Kostenübernahme des Schulessens.
  - ☐ Ich benötige eine Kostenübernahme des Mittagessens während der Ferien.

- ☐ Ich oder das Kind beziehen **keine** der zuvor genannten Sozialleistungen.

LHP.2352 HärtfErkl 01.06.2022

Bitte wenden!

Von Übergangslösungen zu dauerhafter Verbesserung

Es gibt Tage, an denen ein Kind seinen Essenschip nicht findet, es gibt Monate, in denen ein*e Erziehungsberechtigte*r auf Honorarzahlungen wartet – und es gibt noch manch andere Zeiten, in denen das Leben nicht läuft wie gewünscht. In solchen Fällen sind kreative Lösungen oder Notfall-Optionen besser als hungrig den Schulalltag zu bestreiten. Ein Wasserkocher oder eine Mikrowelle in der Mensa oder in der Schulküche könnte für schnelle Aufwärmgerichte oder Fertigterrinen zur Verfügung stehen – die preiswerter als Cateringgerichte sind und zum Beispiel vom Förderverein, Sponsoren oder im Rahmen von Spendenaktionen auf Vorrat besorgt werden können. Auf lange Sicht sind aber frisch gekochte, nährstoffreiche Mahlzeiten für alle Schüler*innen zu fordern – und ergänzende Bildungsangebote, um über gesunde Ernährung zu informieren und Geschmacksgewohnheiten, wie zu zuckerhaltiges Essen und Junkfood, zu hinterfragen.

Eine ebenfalls weniger bekannte Lösungsvariante besteht für Grundschüler*innen, die einen Hort besuchen: Hier steht der Betreuungsvertrag über dem Vertrag mit dem Schulcaterer, sodass für das Mittagessen nur ein *„Zuschuss in Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen“* zu zahlen ist, meist 40 Euro im Monat.[7] So kann es geschehen, dass zwei Kinder einer Klasse dieselbe Mittagsmahlzeit in ihrer Ganztagsschule essen, das Kind ohne Hortplatz aber über 100 Euro im Monat dafür zahlen soll. Das Hort-Essensgeld kann über einen BuT-Antrag abgerechnet werden. Der Hort selbst kostet Geringverdienende nichts und es besteht ein Rechtsanspruch auf einen Platz bis zur vollendeten 4. Klasse. Um die Mittagessen-Frage noch ein wenig komplexer zu machen, gibt es zudem Horte (in Verbindung mit KiTas für Jüngere) mit eigener Küche, deren Speisen mitunter besser als jene vom Caterer sind. Dort haben Eltern dann die Wahl, ob das Kind früher am Tag teurer in der Mensa oder später am Tag günstiger im Hort essen soll.

Instrumente zur Vereinfachung gefordert

Doch zurück zum Offenen Brief der Sozialträger. Dieser fordert *„den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten auf, eine Bildungskarte oder [ein] vergleichbares Instrument einzuführen, um das Abrufen der Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Kinder und Jugendlichen für die Familien zu vereinfachen, bis die Kindergrundsicherung greift.“*

Derzeit wird der Bildungs- und Teilhabegedanke wegen bürokratischer Hürden faktisch nicht umgesetzt. Versuche, diese abzubauen, setzte die Verwaltung bislang nicht um, sondern ließ Prüfaufträge versanden.

Vorstellbar wäre, dass generell nur einmal pro Schuljahr die Bedürftigkeit der Familie zentral nachgewiesen werden muss. Dieser Beleg würde automatisch zu allen Vergünstigungen führen, die bisher einzeln und kleinteilig zu beantragen sind.

Auf eine Kleine Anfrage im August 2022 merkte der Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit an, *„dass mit der Einführung des BuT 2010 von Anfang an der hohe bürokratische Aufwand kritisiert wurde. Jede Leistung muss einzeln administriert werden. Ziel muss sein, mit der Einführung der Kindergrundsicherung die BuT-Leistungen zu pauschalisieren.“* Aber müssen Familien nun zwei Jahre warten? – Die Kindergrundsicherung soll ab 2025 Leistungen wie Kindergeld und Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, *„Teile des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets“* sowie Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch bündeln. Sie soll zudem die *„Holschuld der Bürger“* in eine *„Bringschuld des Staates“* überführen und ein einfaches Online-Antragsverfahren bieten.[8]

Warum aber gibt es in Potsdam nicht längst eine Bildungskarte, auf die man ein Guthaben laden kann, welches direkt für die Mittagsverpflegung, für Klassenfahrten und Ausflüge und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben verwendet werden kann?[9] Eine solche Karte steht dauerhaft zur Abrechnung der Bildungs- und Teilhabeleistungen zur Verfügung, in jedem neuen Bewilligungszeitraum wird digital neues Guthaben im System hinterlegt.[10] Somit zeigen Familien die Karte direkt bei Leistungsanbietern, wie dem Caterer oder der Musikschule, vor, anstatt für jede Leistung einen extra Antrag bei der Kommune zu stellen. Im Ergebnis eines Prüfauftrags[11] im Jahr 2021 erklärte die Stadt, dass die Einrichtung eines Chipkartensystems einmalig 475.000 Euro sowie monatlich 9.250 Euro kosten würde.

Im Ausschuss für Bildung und Sport am 28.03.2023 stieß der Offene Brief der freien Träger bei der Verwaltung zumindest auf offene Ohren. Für den 12.04.2023 wurde ein Gespräch anberaumt[12]. Dabei erklärte die Stadt, dass sie für die beiden konkret betroffenen Schulen im Schlaatz in Vorleistung mit dem Caterer (der *Oberbayerischen Fleisch & Wurst GmbH*) gehen will, und die BuT-Anträge nachgereicht werden können. In der Mai-Sitzung des Ausschusses soll ein weiterer Bericht zu hören sein.

Die aNDERE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass bestehende gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Armut effizient umgesetzt werden und zusätzliche Instrumente für eine gerechte Teilhabe und Partizipation genutzt werden.

---

1 Zu lesen unter: https://buero-kindermut.de/artikel/mangelnde-grundversorgung-von-kindern-und-jugendlichen-2/

2 Vgl.: https://www.tagesspiegel.de/potsdam/gestiegene-cateringpreise-kostenloses-schulessen-wurde-potsdam-14-millionen-euro-kosten-8791660.html

3 Hier gibt es mehr Informationen zum BuT-Paket des Bundes: https://but-beratung.de/

4 Vgl.: https://www.potsdam.de/content/141-erste-fragebogenaktion-zum-schulessen-ausgewertet

5 Vgl.: https://www.tagesspiegel.de/potsdam/gestiegene-cateringpreise-kostenloses-schulessen-wurde-potsdam-14-millionen-euro-kosten-8791660.html

6 Vgl.: https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/potsdam-finanziert-kostenloses-schulfruehstueck-fuer-900-kinder-aus-armen-familien-M3OPPZYX4RAA7FQOSKP4N23QBQ.html

7 Vgl.: https://vv.potsdam.de/vv/produkte/173010100000008726.php

8 Vgl.: https://www.deutschlandfunkkultur.de/kindergrundsicherung-100.html

9 Wie z. B. in Bielefeld: https://www.bielefeld.de/node/20227

10 Die Karte gibt es in vielen Städten, aber auch z.B. im Landkreis Göttingen: https://www.landkreis-goettingen.de/themen-leistungen/familie-bildung/angebote-fuer-kinder-jugendliche/zuschuss-fuer-bildung-teilhabe

11 Vgl.: 21/SVV/1164

12 Vgl.: https://www.maz-online.de/lokales/potsdam/hungrige-kinder-in-potsdam-rathaus-laedt-sozialtraeger-zum-krisengipfel-JL5XL3354JATDAN3WW27RLA6CM.html

Bürokratie und Menschen

Politische Bildung und Demokratieerziehung

VON CARSTEN LINKE

Das Thema ist eine bundesweite Dauerbaustelle, doch es gibt lokale Lösungsansätze. Angesichts der Zunahme rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft sowie der Verbreitung von Verschwörungserzählungen brauchen Demokratieerziehung und Politikunterricht einen deutlich höheren Stellenwert.

Vor allem in den Schulen, aber auch für sogenannte Erwachsene. Es ist richtig, dass das Wahlalter nicht nur bei Kommunalwahlen abgesenkt wird, denn die Entscheidungen der Politik treffen die jüngere Generation stärker als die ältere. Vor allem dann, wenn, wie in der Klima- oder der Wohnungspolitik, nichts entschieden wird, die Probleme nur vertagt werden und der inhaltliche und finanzielle Schuldenberg der gegenwärtigen Politik stetig angehäuft wird.

Medienpädagogische, verwaltungsstrukturelle und Beteiligungskompetenzen sind wesentliche Voraussetzungen für die fortlaufende Erneuerung von Demokratie in Politik und Gesellschaft. Studien schlagen seit Jahren Alarm und machen auf einen Mangel an politischer Bildung aufmerksam. Schon der Zugang zu politischer Bildung sei ungleich verteilt, kritisierte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES) in der 2019 veröffentlichten Studie *„Wer hat, dem wird gegeben“*. 2022 verglichen zum fünften Mal die Wissenschaftler*innen von der Universität Bielefeld den Stellenwert der politischen Bildung nach Schulform, -stufen und Bundesland. Für ihr Ranking erfassten sie den zeitlichen Umfang und die Platzierung des Leitfaches der politischen Bildung.

In sechs Bundesländern schließen laut Studie die Lernenden die Oberstufe ohne verpflichtenden Unterricht in politischer Bildung ab. Drei dieser Länder gewährten das Landtagswahlrecht ab 16 Jahren, eins das Kommunalwahlrecht. Vier weitere Länder geben ein Schuljahr lang eine Unterrichtsstunde, drei davon haben ein Kommunalwahlrecht ab 16. Laut den Wissenschaftler*innen müsse die Bildungspolitik sich kritische Fragen zur Chancengleichheit bei der Entwicklung von Politik- und Demokratiekompetenz in der Schule stellen lassen. Eine nationale Strategie für politische Bildung sei in Deutschland nicht in Sicht. Doch leider ist ein Mangel an politischer Bildung, Demokratieverständnis und vor allem Teilhabe an Entscheidungsprozessen nicht allein ein Problem an Schulen. Auch vielen „Erwachsenen“ fehlt diesbezüglich Kompetenz.

1 https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-bildung/politische-bildung-node.html — Abruf 15.03.2023

2 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/ Abruf 15.03.2023

3 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1293957/umfrage/altersstruktur-der-landtage-nach-bundesland/ — Abruf 15.03.2023

Laut der Homepage des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ist *„Politische Bildung ein notwendiger Bestandteil der freien und offenen Gesellschaft, da sie eine wehrhafte und streitbare Demokratie stärkt. ... Die Politische Bildung hat folgende Ziele:*

- *Sie soll Bürgerinnen und Bürgern Wissen und Kompetenzen vermitteln, mit denen sie sich ein eigenes Urteil bilden und selbstbestimmt Entscheidungen fällen können.*

- *Sie soll Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, die eigene Situation zu reflektieren, Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit für die Gesellschaft zu erkennen, zu übernehmen und gestaltend auf Prozesse einzuwirken.“*[1]

Doch wer leistet dies außerhalb der Projekte der Landes- und Bundeszentrale für politische Bildung?

Die Parteien? Nein. Zumindest traut ihnen dies kaum jemand zu. Laut der Standard-Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission hatten im Winter 2022/2023 rund 30 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die politischen Parteien in Deutschland. Währenddessen äußerten rund 64 Prozent, dass sie den politischen Parteien eher nicht vertrauen.[2]

Wie können mehr Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben? Mehr direkte Demokratie wäre ein Ansatz. Doch aktuell reduziert sich Teilhabe oft auf Wahlen.Aller vier oder fünf Jahre. Menschen werden zu Berufspolitiker*innen und entfernen sich mit der Dauer der Amtszeit vom realen Leben. Im Landtag Brandenburg ist rund die Hälfte aller Abgeordneten zwischen 41 und 55 Jahre alt. Die Altersgruppe „71 plus“ ist genauso stark vertreten wie die „18–28-jährigen“. In einigen deutschen Landtagen sind die 56–70jährigen sogar die größte Gruppe.[3] Das lässt vermuten, dass es weniger um Zukunftsorientierung, sondern um Bestandswahrung geht. In Kommunalparlamenten sieht es ähnlich aus. Somit ergibt sich die Frage: **Wie können sich vor allem junge Menschen aktiv einbringen?**

Einen Ansatz bieten Wählergruppen und Bürger*innen-Initiativen. Sie haben meist flache oder keine Hierarchien. Sie sind unabhängig von Bundes- oder Landesparteizentralen. Mit Ausnahme der *Freien Wähler*, die sich dann doch landesweite bürgerliche parteiähnliche Strukturen schaffen. In vielen Städten gibt es freie Wählergruppen. In Werder die „StadtMitGestalter“, in Jena „Die Guten“, in Potsdam „DIE aNDERE“. Und dies schon seit vielen Jahren. Sie ist nicht nur eine Alternative zu den Parteien, sondern ein alternatives Projekt der politischen und demokratischen Bildung. Ein Langzeitprojekt – ein erfolgreiches. Aktuell stellt die Wählergruppe inhaltlich und zahlenmäßig die stärkste Oppositionsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Was diese Wählergruppe so anders macht? Ihr Rotationsprinzip! Dies ist ein einmaliges bildungspolitisches Mitmach-Angebot. Nach (derzeit) zwölf Monaten legen die gewählten Stadtverordneten ihr Mandat nieder und machen den Weg für Nachrücker*innen frei. Während einer Wahlperiode von 5 Jahren sitzen demnach nicht nur sechs Mandatsträger*innen in der SVV, sondern mindestens 30 Menschen. Diese 30 bringen eine inhaltliche Vielfalt mit. Sie kommen aus unterschiedlichen sozialen Einbindungen und Kontexten, habe verschiedene Berufe und Lebenserfahrungen. Sie haben ein Jahr lang die Möglichkeit, ihre Sichtweise einzubringen, ihre Themenschwerpunkte zu setzen. Und sie haben die Gewissheit, dass die hohe zeitliche Belastung, die ein solches SVV-Mandat mit sich bringt, nach einem Jahr auch wieder endet. Dies ermöglicht auch jungen Menschen sich zu beteiligen. Es bedarf keiner langfristigen Festlegung. Es ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Mandat.

Ein Jahr lang lernen diese Stadtverordneten auch den „politischen Betrieb“ kennen. Lernen, wie Verwaltung funktioniert (auch wenn diese nicht immer funktioniert). Sie erfahren, wie rechtliche oder finanzielle Rahmensetzungen die Entscheidungen beeinflussen oder gar gute politische Ideen behindern. Teilhabe heißt nicht, sich mit der eigenen Position immer durchzusetzen, sondern an den Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein. Rotation schützt nicht vor Enttäuschungen, aber sie schützt vor Überlastung. Doch vor allem schützt sie vor Egoismus, Machtstreben oder gar Größenwahn, welche oftmals den Parteipolitiker*innen zugeschrieben werden. Es gibt keinen Fraktionsvorsitz auf Dauer, keinen Ausschussvorsitz, mit dem sich Mann oder Frau für Jahre „schmücken“, oder diesen Titel auf Visitenkarten drucken kann. Alle Mandatsträger*innen können sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren und müssen nicht Zeit mit Ränkespielen oder Posten-Gefeilsche verbringen. Niemand muss sich mit ihrer oder seiner Performance für ein Landtagsmandat oder einen Parteiposten empfehlen. Niemand sitzt seit 20 oder mehr Jahren in der Fraktion einer Partei und muss sich um den eigenen Machterhalt kümmern. Das ist auch ein Stück individuelle Freiheit und Unabhängigkeit. Dies ermöglicht auch Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Prinzipientreue.

Wir rotieren für Sie! – Wahlplakat der aNDEREN bei der Kommunalwahl 2019

Für die kontinuierliche inhaltliche Arbeit der Wählergruppe sorgen trotz der Rotation die Geschäftsstelle und die sachkundigen Einwohner*innen. Sie sitzen ohne Stimm- aber mit Rederecht in den Fachausschüssen der SVV und bilden das Rückgrat für die Stadtverordneten. Auch sie nehmen teil am politischen Bildungsprojekt. Sie erhöhen die Zahl der Aktiven in der aktuellen Legislatur auf über 40 Menschen. Zeitgleich hat die Wählergruppe diverse Aufsichtsratsmandate in kommunalen Betrieben zu besetzen. Auch hier gilt ein Rotationsprinzip. Nach maximal zwei Legislaturen ist Schluss. Auch hier soll kein Gewöhnungseffekt entstehen. Beiderseits. Das mindert auch mögliche „Absprachen“ oder Vetternwirtschaft.

Dass zahlreiche Menschen immer wieder für DIE aNDERE kandidieren und pro Wahlperiode ein Jahr lang Verantwortung übernehmen, zeigt, dass das Modell trägt. Mehr als hundert Menschen sind in den letzten 20 Jahren durch diese andere „Schule der politischen Bildung und Demokratieerziehung“ gegangen.

Impressum

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam – April 2023

DIE aNDERE

An diesem Heft haben mitgewirkt:
LUTZ BOEDE, SVEN BRÖDNO, ANJA HEIGL, ANTONIA HEIGL, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, ARNDT SÄNDIG, OSKAR WERNER

Gestaltung: **MARCUS GROßE** ↗ marcusgrosze@gmail.com

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
@DIEaNDEREPotsdam

klimaneutrales Druckerzeugnis | durch CO_2-Ausgleich | www.natureOffice.com/DE-275-LKGKYL6

Es braucht immer jemanden, die es ausspricht.
–
Danke Barbara!

„Die Bauwerke sind stellvertretend für die Auseinandersetzung die man hat, zwischen links und rechts – und wem gehört die Stadt.“

Barbara Kuster *(Mitteschön!)*
am 12. April in den ARD-Tagesthemen